

## EINWOHNERRAT

### Protokoll

der 46. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2016-2020)

---

Sitzungsdatum: 13. Mai 2020  
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.15 Uhr

---

#### Präsenz

Einwohnerrat: Vorsitz Florian Spiegel, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin  
Philippe Hofmann  
Roman Klauser  
Christoph Morat  
Franz Vogt  
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung  
Rudolf Spinnler, Jurist

Anwesend: Philippe Adam, Mark Aellen, René Amstutz, Andres Bärtsch, Mehmet Can, Barbara Grange, Kathrin Gürtler, Matthias Häuptli, Roman Hintermeister-Goop, René Imhof, Astrid Kaiser, Cetin Keles, Ueli Keller, Christian Kellermann, Patrick Kneubühler, Ursula Krieger, Andreas Lavicka, Jérôme Mollat, Niklaus Morat, Martin Münch, Urs Pozivil, Alfred Rellstab, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Melina Schellenberg, Damian Schaller, Lucca Schulz, Claudia Sigel, Florian Spiegel, Beatrice Stierli, Christian Stocker Arnet, Pascale Uccella, Lea Van der Merwe, Henry Vogt, Basil Wagner, Jörg Waldner, Etienne Winter

Entschuldigt: Rolf Adam, Jean-Jacques Winter

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 34 Anwesende = 23  
18.10 Uhr 35 Anwesende = 24  
18.25 Uhr 37 Anwesende = 25

### Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates, vom 29.04.2020, betreffend  
**Hilfspaket Corona**  
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4513
2. Bericht des Gemeinderates vom 10.04.2019, sowie der Bericht der  
Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales,  
vom 22.04.2020, betreffend **Vertrag über die Versorgungsregion  
Allschwil – Binningen – Schönenbuch (ABS)**  
Geschäftsvertretung: KBKGS-Präsident Henry Vogt Geschäft 4447 / A
3. Bericht des Gemeinderates vom 19.02.2020, betreffend  
**Umsetzung Brandschutzmassnahmen Musikschule**  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4506
4. Bericht des Gemeinderates vom 05.02.2020, betreffend  
**Studienauftrag Umgestaltung Lindenplatz – Abrechnung**  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4359A
5. Bericht des Gemeinderates vom 18.09.2019, sowie Bericht  
der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 01.03.2020, betreffend  
**Beantwortung des Postulats von Florian Spiegel, SVP-Fraktion,  
betreffend Erstellung der Schulweg- und Sicherheitskonzepte**  
Geschäftsvertretung: KBU-Präsident Andreas Bärtsch Geschäft 4390 / A / B
6. Bericht des Gemeinderates vom 25.03.2020, zum Postulat  
von Andreas Lavicka und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 25.04.2018,  
betreffend **Zwischennutzung Brache Bettenackerareal**  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4389 / A
7. Bericht des Gemeinderates vom 18.03.2020, zum Postulat  
von Patrick Kneubühler, SVP-Fraktion, vom 17.'6.2019, betreffend  
**Lärmbelastung Schulhaus Gartenstrasse (resp. Schule Gartenhof)**  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4471 / A
8. Bericht des Gemeinderates vom 19.02.2020, zum Postulat  
von Pascale Uccella, AVP, vom 08.01.2020, betreffend  
**Temporäre Sofortmassnahme Verkehrsregime Baslerstrasse Lindenplatz**  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4505 / A
9. Interpellation von Melina Schellenberg und Jean-Jacques Winter,  
SP-Fraktion, vom 03.12.2019, betreffend  
**Eröffnung einer Bücherkabine/eines Bücherschranks**  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4501
10. Interpellation von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 16.01.2020,  
betreffend **Bildungserfolg für alle?!**  
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4504 / A
11. Interpellation von Ueli Keller, Grüne, vom 03.02.2020, betreffend  
**Funkantennen – insbesondere 5G**  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4508 / A
12. Postulat von Henry Vogt, SVP-Fraktion, vom 04.12.2019, betreffend  
**Kunstrasen Allschwil**  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme und Abschreibung  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4502

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES  
- FRAGESTUNDE

---

**Für das Protokoll:**

Christine Rügsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

---

**Einwohnerratsprotokoll Nr. 46 vom 13. Mai 2020**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des  
Einwohnerrates Allschwil**

Florian Spiegel

---

**Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

**Florian Spiegel**, Präsident: Geschätzte Einwohnerrätinnen, geschätzte Einwohnerräte. Ich bitte, dass alle zu Ihrem Platz finden. Entschuldigt sind für heute Abend: Jean-Jacques Winter, Rolf Adam. Verspätet kommen Christian Kellermann und Gemeinderat Philippe Hofmann. Ich bitte Ruedi Spinnler um die Präsenz.

**[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]**

**Florian Spiegel**, Präsident: Vielen Dank. Wir kommen zu den Mitteilungen des Büros. Wir freuen uns über das zahlreiche Erscheinen nach dem doch wahrscheinlich für die meisten von uns in unserem Leben erstmaligen und einzigartigen Zustand. Dass wir trotzdem heute in zahlreicher Besetzung hier erscheinen, freut uns als Büro ausserordentlich, sowohl die Besetzung des Einwohnerrates wie auch des Gemeinderates. Wir sind froh, dass wir in unserem Kreis keine schweren Erkrankungen verzeichnen oder davon Kenntnis nehmen mussten. Das ist ein schönes Zeichen.

Zu den Mitteilungen des heutigen Abends noch einmal betreffend die Massnahmen, die vom Büro ausgearbeitet wurden vor allem unter der Leitung von Adrian Landmesser und die vom Kanton genehmigt wurden, wird gebeten, dass wir die Distanzregeln wirklich einhalten. Aus diesem Grund wird es an der heutigen Sitzung keine Pause geben, um eine Ansammlung von Einwohnerräten zu verhindern. Es befinden sich Mikrophone auf den Tischen der Fraktionspräsidenten, der Parteipräsidenten und in der Regel der Kommissionssprecher. Die Kommissionssprecher werden heute, wenn sie reden, nicht von oben sprechen, sondern unten von ihrem normalen Platz aus. In diesem Zusammenhang betreffend die anderen Redner darf ich gleich unseren neuen Ratsweibel, Heinz Schreck, vorstellen. Sein Stellvertreter Roberto Walter ist heute auch da. Sie werden heute Abend mit einem Mikrofon am Teleskopstab herumgehen für jene Sprecher, welche kein eigenes Mikrofon auf dem Tisch haben. Die Rednerliste

---

---

führen wir ganz normal. Wir bitten die, welche kein Mikrofon haben, in diesem Moment, in dem sie ihren Namen hören, um ihr Votum abgeben zu können, kurz ihre Hand aufzustrecken, damit der Ratsweibel, der noch nicht alle Namen den Gesichtern zuordnen kann, weiss, zu welchem Tisch er gehen muss. Soviel zum Ablauf der Sitzung oder besser gesagt zu den Mitteilungen des Büros.

Heute ist eine dringliche Interpellation der AVP eingegangen betreffend Geleisesanierung im Dorf. Das ist das Geschäft 4518, welches Ihnen elektronisch zugestellt wurde. Wir befinden zuerst über die Dringlichkeit. Das Wort dazu hat zuerst Frau Uccella.

**Pascale Uccella**, AVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich finde die Dringlichkeit ist gegeben, weil sehr viele KMU-Betriebe im Dorf auf mich zukamen, die Restaurants, also die Gastronomie, die einfach wissen wollten, ob es wirklich dem Kanton Ernst damit ist. Also sie haben eigentlich bereits Unterschriften sammeln wollen. Ich habe dann gesagt, das geht nicht von der Gemeinde aus, sondern es kommt von der BVB und vom Kanton aus, aber ich würde es gerne an die Hand nehmen und möchte die Fragen vom Gemeinderat beantwortet haben. Es gibt wirklich ein grosses Interesse der Gastronomie und der KMU, weil sie einfach Angst haben, da sie bereits zwei Monate schlimme Zeiten hatten und nun Angst haben, wenn im Juli / August der Verkehr weg geht und alles geschlossen ist und es keine Parkplätze hat, wodurch noch weniger Leute kommen. Deshalb fände ich es gut, wenn wir der Dringlichkeit zustimmen könnten und wir Antworten vom Gemeinderat erhalten. Wir müssen doch auf unsere KMU und auf unsere Gastronomie achten, vor allem in dieser Zeit, in der wir momentan sind. Merci.

**Florian Spiegel**, Präsident: Weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit scheint es nicht zu geben. Wir stimmen über die Dringlichkeit ab. Dafür ist ein 2/3-Mehr erforderlich. Ich bitte alle, heute klar und deutlich aufzustrecken, damit unsere Stimmzähler trotz noch weiterer Erhöhung sehen, wer aufstreckt. Wer der Dringlichkeit zustimmen möchte, soll dies nun mit der Karte bezeugen.

://:

Somit ist das bei 3 Enthaltungen einstimmig bezeugt und die Dringlichkeit gegeben. Da wir heute keine Pause haben, werden wir für die Beantwortung ein Zeitfenster finden.

Dringliche Postulate und Motionen sind keine eingegangen. Hingegen sind übrige Vorstösse eingegangen, und zwar Einwohnerratsgeschäft 4517, kleine Anfrage von Melina Schellenberg, SP-Fraktion, betreffend Archivierung politischer Dokumente nach Ablauf der Mindestaufbewahrungszeit. Das wurde Ihnen ebenfalls elektronisch zugestellt. Die Beantwortung erfolgte ebenfalls so. Da kommt die Frage an Frau Schellenberg, ob sie zu ihrem Vorstoss oder Anfrage etwas sagen möchte. Das ist nicht der Fall.

Es ging heute noch eine Motion ein, Einführung einer Begegnungszone auf dem Lettenweg im Bereich des Schulraumperimeters, im Namen der SP-Fraktion von Etienne Winter. Auch er möchte nichts weiter dazu sagen.

Somit kommen wir zur Bereinigung der Traktandenliste. Wir geben bekannt, dass die Traktandenliste rechtzeitig zugestellt wurde, im heutigen Fall oder in der jetzigen Zusammensetzung nur digital und nicht mehr schriftlich. Ich frage den Einwohnerrat an, ob es Änderungsanträge zur Traktandenliste gibt. Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann stelle ich fest, dass die Traktandenliste in vorliegender Form genehmigt ist.

01.030

Einwohnerrat

**Traktandum 1**

Bericht des Gemeinderates, vom 29.04.2020, betreffend

Hilfspaket Corona

Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4513

---

**Florian Spiegel**, Präsident: Ist Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Somit hat Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli das Wort für die Ausführungen.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Einwohnerratspräsident, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Wie Sie bestens wissen, befinden wir uns in einer ganz besonderen Situation. Das Coronavirus hat unser Leben immer noch im Griff. Man sieht es schon alleine an dieser ausserordentlichen Bestuhlung des Einwohnerrats heute Abend. Auch wenn seit der Lockerung der Massnahmen für die Unternehmen und KMU der Alltag wieder ein bisschen eingeehrt ist. Ich denke wir sehen alle, es mussten einige Unternehmen und KMU enorm rigorose Schutzmassnahmen ergreifen, damit sie überhaupt öffnen durften. Vorbei ist diese Zeit noch gar nicht. Sie wissen, am 16. März 2020 hat der Bundesrat die Situation hinsichtlich Coronavirus in der ganzen Schweiz als ausserordentliche Lage eingestuft. Als Erstes hat er alle Verkaufsgeschäfte geschlossen, die keine Lebensmittel verkaufen. Nachher kamen noch weitere, einschneidende Massnahmen hinzu. Sie kennen die bestens. Die ganze Situation führte bei vielen Unternehmen und selbstständig Erwerbenden und auch direkt bei der Bevölkerung zu grossen Sorgen. Auf der einen Seite persönliche Sorgen, wie gehe ich damit um, werde ich auch angesteckt, was passiert, wenn ich angesteckt werde etc. Aber auch ganz klar finanzielle Sorgen, wie kann ich mein Geschäft aufrecht halten, wie kann ich meinen Mitarbeitern weiterhin den Lohn bezahlen oder wie finanziere ich mir überhaupt als Chef meinen Lebensunterhalt weiter auch für meine Familie. Der Bund und der Kanton haben dann zur Unterstützung der Wirtschaft Hilfspakete für die Unternehmen und die selbstständig Erwerbenden verabschiedet. Das Ziel war klar, das haben wir mehrfach kommuniziert erhalten, schnell und unkompliziert finanzielle Hilfe anbieten. Der Gemeinderat hat das gesehen, beobachtet und es als wichtig eingestuft, dass auch wir als Gemeinde unsere Hilfe anbieten. Wir als Gemeinde sind ganz nah bei der Bevölkerung und bei unseren Unternehmen. Wir, auch jeder einzelne Gemeinderat, wurden immer wieder direkt angegangen und die Sorgen wurden an uns herangetragen. Wir haben gesehen, es ist wirklich ganz wichtig, dass auch die Gemeinde Allschwil einen Beitrag leistet. Der Gemeinderat wollte dann seinerseits ein eigenes Hilfspaket für unsere Einwohnerinnen und Einwohner schnüren. Wir haben den Grundsatzentscheid gefällt, und zwar als Kollegialbehörde. Der Gemeinderat fällte den Grundsatzentscheid, ja, wir wollen eine Hilfe anbieten. Wir haben dann zuerst Massnahmen definiert, welche der Gemeinderat in eigener Kompetenz entscheiden konnte. Sie haben das aufgrund des Berichts gesehen. Auf Seite 3 haben wir das aufgeführt. Vielleicht nur ganz kurz möchte ich auf zwei, drei Punkte doch noch eingehen. Wir haben Subventionsbeiträge an Eltern. Diese wollen wir weiterhin bezahlen, unabhängig davon, ob sie das Kind in die Kita bringen werden. Wir haben ein Sorgentelefon eingerichtet und wir haben entschieden, dass wir Arbeiten, die wir als Gemeinde auswärts vergeben, vorziehen möchten, damit die Unternehmer, die wissen, sie hätten vielleicht später noch einen Auftrag erhalten, dass sie diesen jetzt machen können, in dieser Zeit, in der vielleicht andere Arbeiten eben ausgefallen sind. Im Umfang von rund 500'000 Schweizerfranken haben wir Arbeiten vorzeitig in Auftrag gegeben.

Daneben wollte der Gemeinderat aber auch weitere Hilfe anbieten. Wir haben beschlossen, dass wir einen Betrag von maximal 300'000 Franken für Unternehmen und selbstständig Erwerbende bereitstellen möchten. Wir haben weitere zwei Pakete geschnürt. Nämlich 100'000 Franken wollten wir für die Bevölkerung auf die Seite stellen und weitere 100'000 Franken für Familien. Sie haben es im Bericht, den Sie erhalten haben, gesehen, in welcher Form wir uns das vorstellen. Vielleicht nur ganz kurz zu diesen 300'000 Franken, welche wir für Unternehmen und selbstständig Erwerbende bereitstellen möchten: Wir haben lange überlegt, wie wir das machen wollen. Wollen wir eine eigene Lösung fahren, bei welcher wir definieren müssten, wie dieser Anspruch, welches die Voraussetzungen sind und wie wir sie dann überhaupt gutheissen möchten. Wir haben schnell gesehen, das wäre schwierig, vor allem weil wir sagten, wir möchten auch eine Soforthilfe anbieten. Wir haben gesehen, dass die Wirtschaftskammer ein Projekt lanciert hat. Sie bietet dieses Projekt an, um ganz unkompliziert den Unternehmen und selbstständig Erwerbenden unter die Arme greifen zu können. Dieses Projekt heisst „S Baselbiet schafft's“. Diese Unterlagen haben Sie auch erhalten. Wir haben gesagt, das Einfachste ist, wir schliessen uns da an, wir unterstützen das. Wir würden gerne einen maximalen Beitrag von 300'000 Franken leisten. Selbstverständlich dies alles immer nur unter der Voraussetzung, dass der Einwohnerrat sich diesen Ausführungen anschliesst und das Geld dann auch bewilligt.

Noch ganz kurz: Ich habe heute Morgen noch einmal mit der Wirtschaftskammer Rücksprache genommen, damit sie auch aufdatiert ist. Wir gehen davon aus, dass rund über 100 Unternehmen und selbstständig Erwerbende auf rasche, finanzielle Hilfe durch die Gemeinde Allschwil angewiesen sind. In diesem Sinn wird dieses Geld wahrscheinlich gut angelegt sein. Die Idee ist, bis jetzt, das ist alles selbstverständlich noch nicht in Stein gemeisselt, dass wir das nachher zusammen mit der Wirtschaftskammer und mit dem KMU Allschwil-Schönenbuch verabschieden. Die Idee ist, dass man eine finanzielle Soforthilfe leisten könnte. Man hat vorgesehen, einen Sockelbeitrag von 2'000 Franken zu zahlen und dann je nachdem noch pro Mitarbeiter 100 bis 500 Franken. Ein anderer Aspekt ist das leidige Thema Miete bezahlen, das auch in der Presse umging, bei welchem auch Ideen vorhanden sind, weil es für einzelne Unternehmen, vor allem für jene, die ein Ladengeschäft haben, ein Problem ist. Die

---

Vorstellung im Moment ist, dass man maximal 30 % dieser Mieten auf zwei Monate beschränkt bezahlen würde. Auch hier müsste man wieder eine Limite vorsehen. Dies alles nur, falls der Vermieter nicht entgegenkommt und er nicht von sich aus eine Reduktion vornimmt. Eine weitere Möglichkeit ist, dass man sagt, wir würden Schutzmasken zur Verfügung stellen. Sie kennen diese vorhandenen Schutzkonzepte, gerade eben im Bereich der Coiffeursalons aber auch in anderen Betrieben. Sie stellen die Unternehmen wieder vor Herausforderungen, auf welchem Weg kommen sie zu diesen Masken. Die Idee oder die Vorstellung ist, dass man diese Schutzmasken zur Verfügung stellen würde und auf der Gemeinde abgeholt werden können. Das sind Gedanken, die bei der Wirtschaftskammer im Moment vorhanden sind. Selbstverständlich muss man das nachher noch verabschieden.

Ich gehe noch kurz auf die Frage von Henry Vogt ein, mit welchen Kosten wir aufgrund der ganzen Coronavirus-Geschichte sonst noch so rechnen müssen. Ich habe es abklären lassen und Antworten erhalten. Bezüglich der Verzugszinsen, bei denen wir gesagt haben, wir würden sie auf 0 % herabsetzen, was übrigens auch der Kanton getan hat, gehen wir von Ertragseinbussen von ca. 500'000 Franken aus. Es ist aber auch schwierig und ich bitte Euch zu beachten, all diese Zahlen, die ich nenne, sind wirklich Zahlen, die wir jetzt erst mal versuchen zusammenzustellen. Also es kann sein, dass die eine oder andere dann halt davon abweicht, in welcher Form auch immer, ob nach oben oder nach unten. Zur Thematik des Bereichs BEK, Rückerstattung von Zahlungen für schulergänzende Tagesbetreuung: Es ist so, dass wir gesagt haben und davon ausgehen, dass Betreuungsleistungen, die wir ja bezahlen, in etwa 170'000 Franken ausmachen. Die ganze Geschichte Defizitübernahme für Kinderbetreuung durch Dritte, ist das Thema, zu welchem der Kanton sagte, er würde es vorschliessen, wir es aber nachher über drei Jahre verteilt zurückzahlen müssten. Hier rechnet man mit ca. 330'000 Franken. Ich meine, dies war im Bericht schon drin, also pro Jahr 110'000 Franken. Ein weiterer Punkt ist die SBB-Tageskarte, auch das wurde natürlich auch immer wieder an uns herangetragen von Leuten, die eine SBB-Tageskarte bestellt und bezahlt hatten, gerade für diese Zeit, als man nicht reisen durfte. Wir haben mit ihnen abgemacht, dass sie sie umtauschen können für eine Zeit, in der man wieder reisen darf. Wir rechnen auch hier mit Mindereinnahmen von ca. 40'000 Franken. Ein ganz schwieriger Punkt ist bei den Steuern. Es kann sein, dass es Steuerertragsminderungen geben wird. Eine Bezifferung im jetzigen Moment kann ich nun wirklich noch nicht machen. Bei der Sozialhilfe meine ich ist zu befürchten, dass es zu einer Zunahme führen wird. Bis jetzt kann ich sagen, ist das noch nicht passiert, spannenderweise noch nicht, aber das kann noch kommen, weil wir ja nicht wissen, wie lange das alles noch andauern wird. Bei der Umsetzung von Schutzmassnahmen in der Verwaltung geht es von Büromaterial, welches wir zusätzlich beanspruchen mussten, über zusätzliche Kosten für den Unterhalt von IT-Software und natürlich auch die ganze Geschichte mit dem Homeoffice, welche auch zu zusätzlichen Lizenzen und damit zu Kosten führte. Wir gehen von rund 40'000 Franken aus. Was ebenfalls zu erwähnen ist, ist klar, das können Sie sich vorstellen, sind die Schulhäuser, die nun geöffnet wurden. Diese müssen natürlich wesentlich mehr gereinigt, quasi desinfiziert werden. Dies wird auch zu weiteren Kosten führen, weil einfach die Reinigungskosten zunehmen werden. Das ist bei den Schulhäusern wie auch den Kindergärten der Fall, aber auch für das Gemeindeverwaltungshaus. Hier kann ich noch keine Summe nennen. Das müssen wir noch genauer anschauen, wir werden es in den nächsten Monaten sehen. Dies zu den Fragen von Henry Vogt. Falls noch zusätzliche Fragen wären, hoffe ich, ich könne sie beantworten. Ansonsten habe ich vorerst geschlossen, natürlich mit der Bitte noch einmal - ich denke es ist wichtig - den Anträgen des Gemeinderates zu folgen. Vielen Dank.

**Florian Spiegel**, Präsident: Herzlichen Dank. Bevor wir die Rednerliste eröffnen, kann sich der 1. Vizepräsident noch schnell einrichten. Ich nutze schnell die Gelegenheit, um etwas anderes anzuregen. Ich habe nun schon zwei, drei Mal gesehen, wie Einwohnerräte im Saal versteckt fotografieren. Ich weiss, es ist eine besondere Situation. Ich würde vorschlagen, wir machen das am Schluss der Sitzung. Ich werde das dann sagen und Sie alle können ordentliche Bilder machen und Sie haben nicht nur den Rücken des Vordermanns drauf und ich sehe das nicht die ganze Zeit von hier oben, dass Leute Fotos machen. Das würde ich begrüssen. Ich werde es am Schluss sagen, dann können alle ein Foto von diesem aussergewöhnlichen Moment machen. Wir würden jetzt mit der Sitzung normal weiterfahren. Somit ist die Rednerliste eröffnet.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich habe gedacht, ich beginne, da ja meine Fragen voraus gingen. Wir reden hier von Massnahmen, von Hilfspaket, von Hilfsangebot, von Unterstützung, von Kurzarbeit, von Kredit, von Nullzins, von Darlehen, welche vom Bund, von den Kantonen und von der Gemeinde bezahlt werden. Wir in der Gemeinde, wenn man das noch ohne Steuerausfälle hochrechnet, bewegen uns auf die 2 Mio. zu, die uns das kosten wird. Da müssen wir uns die Frage stellen, wo ist überhaupt die Grenze für das Ganze und was kommt denn noch alles auf uns zu. Denn schlussendlich sind es unter dem Strich ja unsere Bürgerinnen und Bürger, welche die ganzen Hilfeleistungen schlussendlich berappen werden. So wie es aussieht, wird das die nächsten Jahrzehnte so sein. Von daher haben unsere Bürgerinnen und Bürger verdient zu wissen, wohin und wie dieses ganze Geld, in

---

diesem Fall jetzt diese halbe Million, sowie auch die weiteren knapp zwei Millionen, die genannt wurden, fliesst. Solche Aussagen wie im Bericht, dass der Verteilschlüssel halt noch nicht ganz bekannt ist, wollen wir so nicht hören. Vor allem wenn der Gemeinderat schon zwei Monate Zeit hatte, sich ein bisschen mit diesem Thema zu befassen. Kurz zusammengefasst kann ich sagen, es ist eine lobenswerte Aktion, aber leider eine etwas enttäuschend dünne Vorlage. Wir haben etwas mehr erwartet und sind aber auch gespannt, welche Lösungen gefunden werden und wie dieses Geld schlussendlich verteilt wird. Selbstverständlich unterstützt die SVP dieses Hilfspaket. Dankeschön.

**Roman Hintermeister-Goop**, FDP-Fraktion: Wir von der FDP-Fraktion unterstützen dieses Hilfspaket der Gemeinde wie es ausgearbeitet wurde. Wir finden es auch eine gute Sache, dass wir nicht selbst etwas auf die Beine gestellt haben, sondern dass man es zusammen mit der Wirtschaftskammer in Angriff nimmt. Wir finden es auch gut, dass man nur jene unterstützt, welche bis jetzt durch die Maschen gefallen sind, also dass nicht diejenigen, die bereits was erhalten haben, nicht noch mehr erhalten. Deshalb würden wir das unterstützen und finden es eine gute Sache.

**René Imhof**, AVP-Fraktion: Wir haben an der letzten FIREKO-Sitzung über diese Angelegenheit auch diskutiert und haben es einstimmig angenommen. Weil, wenn man es nicht tun würde, gingen diese Leute wahrscheinlich auf die Sozialhilfe, und dann kostet es auch wieder. Also die FIREKO und die AVP sind einstimmig dafür. Dankeschön.

**Beatrice Stierli**, CVP-Fraktion: Auch wir von der CVP-Fraktion sind einstimmig für dieses Massnahmenpaket. Es ist eine ausserordentliche Zeit. Ausserordentliche Zeiten brauchen ausserordentliche Massnahmen. Wir begrüssen sehr, dass dieses Hilfspaket zusammen mit der Wirtschaftskammer gemacht wird und auch, dass nicht einfach im Giesskannensystem Geld ausgeschüttet wird, sondern wirklich, dass das Geld dort hinkommt, wo es hingehört, nämlich dahin, wo es nötig ist und es die Leute benötigen.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich rede für die Mehrheit der Fraktion EVP/GLP/Grüne. Wir unterstützen diesen Antrag, also die Mehrheit unterstützt diesen Antrag des Gemeinderates. Ich habe zwei technische Fragen. Die eine ist: Wie wird erfasst, wie die Gelder verteilt werden und wie sichergestellt, dass wirkungsorientiert überprüft wird? Das ist eine technische Frage. Die zweite Frage beschäftigt mich schon immer wieder. Wie sieht der Gemeinderat die Zukunft, welche Perspektive sieht er aus dieser Coronakrise heraus? Sieht der Gemeinderat diese Zukunft für die Gemeinde Allschwil als schlimm, sieht er sie untragbar, sieht er sie tragbar, sieht er sie harmlos oder sieht er sie problemlos? Es würde mich wenn möglich auch noch interessieren, welche Herausforderungen der Gemeinderat speziell für die Gemeinde Allschwil sieht und wo er auch heute schon Chancen aus dieser Krise heraus sieht? Dankeschön.

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Guten Abend zusammen. Ja, das Corona-Hilfspaket von Allschwil, ungefähr genauso haben wir uns das in der SP vorgestellt. Vielen Dank an alle, die daran mitgearbeitet haben und noch arbeiten werden. Die Aufspaltung in 300'000 und zwei Mal 100'000 sind sehr gut erklärt. Vor allem die Gewichtung im Bereich Kinderbetreuung ist sehr gut. Diesen Faden sollten wir nicht mehr loslassen, allenfalls auch in einer postcoronalen Zeit. Finanziell können und müssen wir dieses Hilfspaket stemmen. Wenn wir auf diese Weise einige Menschen vor dem Gang zur Sozialhilfe bewahren können, ist die Werthaltigkeit des Steuerfrankens allemal gegeben. Die SP-Fraktion wird diesem Hilfspaket zustimmen. Noch einmal vielen Dank.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wir haben eine grosse Krise und die wird uns noch lang verfolgen. Es ist klar, dass es verbreitet Erwartungen gibt, dass etwas getan wird. Ich habe darum auch Verständnis, dass der Gemeinderat sich veranlasst sah, etwas vorzulegen. Es sind ausserdem auch noch Wahlzeiten. Das verstehe ich. Aber, es kann nicht nur darum gehen, dass man etwas tut, sondern man muss das Richtige tun. Wenn ich anschau, was bisher alles schon von Bund und Kantonen getan wurde; da gibt es wirklich ein riesiges Hilfspaket des Bundes, bereits 57 Milliarden Franken wurden gesprochen, der Kanton gibt noch einmal etwas drauf. Es wurde schon sehr, sehr viel Geld ausgegeben, sehr unbürokratisch, extrem unbürokratisch muss man auch sagen. Mit einem hohen Risiko, dass es nicht an den richtigen Ort fliesst. Wir haben jetzt in acht Wochen Lockdown so viel ausgegeben, wie die halbe Wirtschaftsleistung der Schweiz in diesem Zeitraum war. Die Halbe Wirtschaftsleistung. Aber die Wirtschaft läuft, zu mehr als 2/3 läuft sie. Wir haben schon jetzt die Situation, dass die Hilfspakete grösser sind als der Schaden, der bis jetzt eintrat. Jetzt wollen wir noch ein Paket zusätzlich von der Gemeinde aus schnüren im Wissen, dass wir als Gemeinde sowieso auch noch weitere Lasten schultern werden müssen. Ist das noch verhältnismässig? Sollten wir uns jetzt nicht langsam überlegen, über Panikreaktionen hinaus, wie wir das Geld dann wirklich zielgerichtet einsetzen? Denn im Geld schwimmen werden wir in den nächsten Jahren kaum. Wissen wir jetzt wirklich schon, wo

die wichtigsten Löcher sind, die man stopfen muss? Wir wissen beispielsweise noch nicht einmal, ob die Gewerbetreibenden, welche ihre Läden schliessen mussten, nun eigentlich Mietzinse in vollem Umfang bezahlen müssen oder nicht. Die Ungewissheit ist jetzt noch gross. Was mich langsam besorgt, ist, dass eine Erwartungshaltung geschürt wird, dass der Staat alle Schäden und Unannehmlichkeiten übernimmt. Wo bleibt das unternehmerische Risiko? Müssen sich nicht die Unternehmen, die vorgesorgt und Reserven angelegt haben, langsam verschaukelt vorkommen, wenn andere dann am ersten Tag nach dem Lockdown bereits zum Staat rennen? Bald hat jeder das Gefühl, er müsse auch noch irgendetwas erhalten, bis hin zu diesen Pendlern, die im Homeoffice gearbeitet haben, keinen Schaden haben und das Gefühl haben, sie müssten noch dafür entschädigt werden, dass sie das Abonnement nicht benötigt haben. In dieses Kapitel gehört dann auch noch die Rückerstattung der SBB-Tageskarten, obwohl die SBB ja keinen Tag den Betrieb eingestellt hatte. Ich glaube, wir bedienen hier langsam eine Vollkasko-Mentalität, die uns dann wahrscheinlich auch politisch noch lange verfolgen wird. Ich werde deshalb diesem Hilfspaket nicht zustimmen. Dankeschön.

**Florian Spiegel**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Es wurden noch Fragen gestellt.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Ich würde mir erlauben, Herr Präsident, geschätzte Anwesende, von hinten her zu beginnen, weil es so gut zum Votum von Matthias Häuptli passt, wie sieht die Zukunft mit dieser ganzen Coronavirus-Geschichte aus. Ich sage Ihnen eines, wir werden vor grossen Herausforderungen stehen. Die Herausforderung für mich persönlich wird sein, dass wir eben nicht in eine Vollkasko-Mentalität hineingeraten oder eine Erwartungshaltung annehmen, dass der Staat alles lösen kann. Genau das wird für mich persönlich die grosse Herausforderung sein, mit welcher wir uns auch politisch miteinander auseinandersetzen dürften. Aber wir sind jetzt noch nach wie vor in dieser Krisensituation. In einer Krisensituation, davon bin ich auch persönlich überzeugt, müssen wir die Leistungen erbringen, die wir können. Nur einfach mit dem Finger auf die Unternehmer zeigen, dass sie keine Sparübungen gemacht und ihr Geld nicht gut angelegt haben, wäre auch falsch. Deshalb, ich denke, wir stehen vor grossen Herausforderungen. Zur ersten Frage, Ueli Keller, die technische Frage, habe ich es gesagt und es stand im Bericht: die Verteilung dieser Gelder wird von einer Gruppierung vorgenommen werden. Diese Gruppierung besteht aus Vertretern der Wirtschaftskammer, Vertretern des Gemeinderates und Vertretern des KMU Allschwil-Schönenbuch. Diese werden gemeinsam entscheiden, wer von den Gesuchstellern die entsprechenden Gelder erhalten wird. So ist das vorgesehen.

**Florian Spiegel**, Präsident: Wenn es keine weiteren Redner gibt, frage ich an, ob abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, die Beratung über das Geschäft 4513 ist abgeschlossen. Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates auf Seite 6 des Berichts.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der Einwohnerrat beschliesst, für die Unterstützung der Allschwiler Unternehmen und Selbstständigerwerbenden einen Betrag von CHF 300'000 zu sprechen.

://:

Diesem wird grossmehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung zugestimmt.

2. Der Einwohnerrat beschliesst, für die Unterstützung der Allschwiler Bevölkerung einen Betrag von CHF 100'000 zu sprechen.

://:

Diesem wird ebenso grossmehrheitlich mit 1 Gegenstimme und 0 Enthaltungen zugestimmt.

3. Der Einwohnerrat beschliesst, für die Unterstützung der Allschwiler Familien einen Betrag von CHF 100'000 zu sprechen.

://:

Dies ist ebenfalls grossmehrheitlich mit 1 Gegenstimme bei 0 Enthaltungen angenommen.

Abstimmung über die Erledigung des Geschäfts

://:

Sie haben das ganze Geschäft grossmehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 0 Enthaltungen als erledigt abgeschlossen.



01.030

Einwohnerrat

### **Traktandum 2**

Bericht des Gemeinderates vom 10.04.2019, sowie der Bericht der Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales, vom 22.04.2020, betreffend Vertrag über die Versorgungsregion Allschwil – Binningen – Schönenbuch (ABS), 1. Lesung  
Geschäftsvertretung: KBKGS-Präsident Henry Vogt, Geschäft 4447 / A

---

**Florian Spiegel**, Präsident: Es handelt sich hierbei um einen Vertrag, weshalb dies auch die 1. Lesung ist. Ein Vertrag ist wie ein Reglement zu behandeln. Ich frage den Einwohnerrat an, ob Eintreten bestritten ist. Das ist nicht der Fall. Das erste Wort hat KBKGS-Präsident, Henry Vogt.

**Henry Vogt**, KBKGS-Präsident: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Ich möchte anfangs die Gelegenheit nutzen um mich zu bedanken. In erster Linie würde ich mich gern mal bei meiner Kommission bedanken für die hervorragende Zusammenarbeit, die wir hatten. Ich will mich auch bei unserem Gemeinderat Roman Klausner und bei unserem Bereichsleiter für Soziale Dienste und Gesundheit Ulrich Weyermann bedanken. Wir wurden von beiden optimal unterstützt. Und jetzt in der Ferne würde ich mich auch gerne bei den Kommissionen der beiden Gemeinden Binningen und Schönenbuch bedanken, den Dank für die gehabte faire Auseinandersetzung und für das gegenseitige Entgegenkommen aussprechen. So macht politische Arbeit Spass. Wie Ihr alle gesehen habt, ist mein Bericht ziemlich kurz. Vielmehr ist eigentlich nicht zu sagen, die Wahrheit liegt in den beigelegten Synopsen. Dort stehen alle Ergebnisse der unterschiedlichen Ansichten in Grün, dann der Konsens zwischen den drei Gemeinden. Ich möchte an dieser Stelle eines noch einmal betonen. Der Vertrag soll ein Startschuss sein zu etwas Grösserem. Das heisst der Zündschlüssel fürs Auto. Er wird der Startschuss für die Zusammenarbeit von drei Kommunen in einem Bereich, im Bereich Alter. Wichtig ist, dass jetzt mit dieser Arbeit begonnen werden kann. Deshalb muss der Vertrag auch offen sein und auch offenbleiben. Die Erstellung der Strategie, der Ausrichtung und der Ziele wird zukünftig ausgearbeitet und wird mit der Zeit entstehen. Dieser Entwicklung wollten wir mit diesem Vertrag keinen Stein in den Weg werfen. Jeder Änderung, die in diesem Vertrag gemacht wird, müssen wir im Einwohnerrat hier, muss der Einwohnerrat in Binningen sowie die Gemeindeversammlung in Schönenbuch zustimmen. Und das ist lediglich zwei Mal im Jahr möglich. Da wir es gerade von Schönenbuch hatten, würde ich gerne einen Punkt hervorheben. Schönenbuch, obwohl die kleinste Gemeinde von allen dreien, erhielt dasselbe Stimmrecht wie die zwei Grossen. Dies wurde aufgrund von Fairness und Vertrauen der Gemeinden und der Kommissionen so bestimmt. Aus Sicht aller Beteiligten ist das auch richtig. Aufgrund des Konsenses zwischen den drei Gemeinden, aufgrund der Genehmigung des Kantons und aufgrund der Einigkeit unserer Kommissionen empfehlen wir, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und den Vertrag zu genehmigen. Dankeschön.

**Roman Klausner**, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Es ist eine Geschichte, die relativ früh begonnen hat, als der Kanton sagte, jawohl, das APG und das Gesetz werden umgesetzt. Von da an wussten wir, wer bildet eine Region, wer setzt sich zusammen. Mit Binningen, Schönenbuch und wir als Allschwil haben wir 38'000 Einwohner, wir haben dann fast ein bisschen mehr. Dies ergibt eine Versorgungsregion, bei der wir sehen, was es alles hat, was wir brauchen. Wir haben mit der Spitex bereits dieselbe Zusammensetzung, in der wir auch alle drei Gemeinden zusammen sind und von daher auch sehr gut zusammenarbeiten. Wir haben uns dann aufgrund dessen, was im APG steht, versucht zusammenzusetzen, was könnte in diesem Vertrag für die drei Gemeinden stehen oder welche Form müssen sie haben, damit sie miteinander arbeiten können, damit sich am Schluss auch ein Reglement und ein Vertrag ergibt, an die man sich halten kann. Es ergaben sich bei den drei Gemeinderäten längere verschiedene Sitzungen vorwärts-rückwärts, bis dieser Entwurf stand. Dann ging es in die Kommissionen. Die verschiedensten Kommissionen, wir durften zum Teil gemeinsam, zum Teil allein hingehen, haben eine sehr gute Arbeit geleistet und das auch sehr sachlich und nüchtern angeschaut. Das heutige Resultat ist, denke ich, die Basis, um in Zukunft dieses Alters- und Pflegegesetz (APG) für die ganze Region umzusetzen. Ich glaube, das ist das Wichtigste, was wir benötigen. Es ist wirklich, wie Herr Vogt gesagt hat, der Zündschlüssel, den wir nun einstecken müssen und alles, was nachher kommt, ist der Rest, der dazukommt, der hinterher ansteht. Aber wir müssen zuerst einmal wissen, ja, diese drei Gemeinden lassen sich auf diesen Vertrag ein. Deshalb bitte ich Sie, diesem Entwurf so zuzustimmen. Der Regierungsrat hat ihn ohne Kommentar resp. ohne eine Anmerkung ebenfalls bewilligt. Also juristisch sollte er Stand halten. Danke vielmals.

**Florian Spiegel**, Präsident: Die allgemeine Beratung ist eröffnet.

---

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Unsere Fraktion stimmt diesem Antrag zu. Wir beurteilen dies als eine wegweisende Arbeit, die geleistet wurde. Sowohl in der Sache an sich als auch im Hinblick auf die Zusammenarbeit dieser drei Gemeinden. Wir sind überzeugt, dass, wenn auch Allschwil eine grosse Gemeinde ist, Zukunftsfähigkeit auch dadurch gewährleistet werden muss, dass man über die Grenze hinaus mit anderen zusammenarbeitet. In diesem Sinne ist dies wirklich eine tolle Geschichte, welche uns hier vorgelegt wird.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren. Es ist meine persönliche Meinung, die ich vertrete, und nicht die Meinung der Partei. Wir haben gehört, wie alles Minne und Freude und Friede verlaufen ist und wie alle toll mitgearbeitet haben, das finde ich sehr toll und das finde ich auch sehr schön. Dass Politik Spass machen kann und Spass macht, finde ich auch sehr schön. Was ich nicht so schön finde ist, dass die kleinste Gemeinde gleich viel Mitbestimmungsrecht hat wie die grösseren zwei Gemeinden, aber nicht gleich viel bezahlt. Ich bin der Meinung, wenn Schönenbuch in diesem neuen Gremium zwei Stimmen hat, dann soll Schönenbuch auch für diese zwei Stimmen gleich viel bezahlen wie es Allschwil und Schönenbuch tun. Sonst haben sie halt weniger Mitbestimmungsrecht.

**Roman Klausner**, Gemeinderat: Herr Bärtsch, dies ist einer jener Punkte, der - ich weiss nicht wie viele Male - in allen Gemeinderäten diskutiert wurde. Wir hatten zu Beginn eine Lösung, die hiess: 5'000 ist immer eine Stimme und dann wird es aufgerechnet. Wir kamen dann aber zum Schluss, dass wenn wir gemeinsam etwas machen wollen, wir als grössere Gemeinden diesen Schritt tun müssen. Dass wir dann zu diesem Schluss mit je zwei Stimmen kamen, fand ich, war am Schluss ein sehr guter Entscheid, damit wir wirklich gemeinsam als die drei Gemeinden sagen können, wir drei sind in der Delegiertenversammlung alle gleich stark. Dass man es dann über das Finanzielle abwendet ist für mich etwas, das hier im Vertrag nicht das ist, was zählt. Weil dort wo die Gemeinden zahlen müssen, das ist immer noch der Weg über den Patienten, den sie haben resp. der im Alterszentrum ist, woran wir als Gemeinde sowieso einen gewissen Teil selbst bezahlen müssen. Das hat damit gar nichts zu tun. Dankeschön.

**Florian Spiegel**, Präsident: Die Rednerliste scheint jetzt erschöpft zu sein. Abschnitts- oder artikelweise Beratung des Berichts ist nicht gewünscht. Wir gehen somit zur 1. Lesung des Vertrages über die Versorgungsregion Allschwil - Binningen - Schönenbuch. Der 2. Vizepräsident ruft paragraphenweise das Reglement bzw. den Vertrag auf und Sie können sich dazu äussern.

## I. Allgemeine Bestimmungen

### § 1 Gemeinsame Versorgungsregion Alter

keine Wortmeldung

### § 2 Ausführende Vereinbarung

keine Wortmeldung

## II. Delegiertenversammlung

### § 3 Zusammensetzung und Bestellung

keine Wortmeldung

### § 4 Aufgaben und Kompetenzen

keine Wortmeldung

### § 5 Einberufung und Beschlussfassung

keine Wortmeldung

III. Informations- und Beratungsstelle (Fachstelle Alter)

§ 6 Leitgemeinde

keine Wortmeldung

§ 7 Leitung

keine Wortmeldung

§ 8 Aufgaben der Fachstelle Alter

keine Wortmeldung

§ 9 Stellen

keine Wortmeldung

§ 10 Anstellung

keine Wortmeldung

§ 11 Personal

keine Wortmeldung

§ 12 Ausgabenzuständigkeit

keine Wortmeldung

IV. Kontrolle

§ 13 Rechnungs- und Geschäftsprüfung

keine Wortmeldung

§ 14 Grundsätze

keine Wortmeldung

§ 15 Räumlichkeiten

keine Wortmeldung

§ 16 Kosten

keine Wortmeldung

§ 17 Investitionen

keine Wortmeldung

§ 18 Einnahmen

keine Wortmeldung

§ 19 Budget, Jahresrechnung und Jahresbericht

keine Wortmeldung

§ 20 Streiterledigung

keine Wortmeldung

V. Schlussbestimmungen

§ 21 Inkrafttreten und Dauer

keine Wortmeldung

§ 22 Abschluss, Genehmigung, Kündigung

keine Wortmeldung

**Florian Spiegel**, Präsident: Ich stelle fest, dass die 1. Lesung damit abgeschlossen ist. Die Abstimmung über die Anträge des Gemeinderates gemäss Bericht erfolgt im Anschluss an die 2. Lesung in der nächsten Einwohnerratssitzung.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 3**

Bericht des Gemeinderates vom 19.02.2020, betreffend  
Umsetzung Brandschutzmassnahmen Musikschule  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4506

---

**Florian Spiegel**, Präsident: Ist Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Somit hat das Wort für die Ausführung Gemeinderat Robert Vogt.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Vielen Dank, geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Bei dieser Vorlage, die wir Ihnen vorlegen möchten, geht es darum, dass wir Synergien nutzen können. Es ist so: Das sind Gebäude der Jugendmusikschule an der Baslerstrasse 255, an denen diesen Sommer sicherheitstechnische Massnahmen vorgenommen werden sollen. Bereits im Budget haben wir schon Massnahmen, nämlich um Storen und Fenster zu ersetzen. Gleichzeitig mit diesem Fenster- und Storenersatz können wir jetzt eben die sicherheitstechnischen relevanten Anlagen auch gleich aufrüsten. Dies konnte unterdessen auch abgeklärt werden, ist aber wie gesagt noch nicht im Budget. Deshalb beantragt Ihnen der Gemeinderat, diese Summe, die hier festgelegt ist, heute zu beschliessen. Darum bitte ich Sie.

**Florian Spiegel**, Präsident: Die allgemeine Beratung ist somit eröffnet.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Ich würde gerne verstehen, weshalb Brandschutzmassnahmen bei dieser Gemeinde immer wieder sehr nachträglich auftauchen. Wir haben schon bei diesem Schulhaus gehört, Brandschutzmassnahmen sind quasi als Letztes durchgekommen. Jetzt machen wir einen Storenersatz in einem Schulhaus und haben wieder Brandschutzmassnahmen ganz am Schluss in der Planung. Es ist doch bekannt, dass wenn man solche Dinge macht, dass eine Brandschutzüberarbeitung gemacht werden muss. Warum machen wir das von der Planung her nicht gleichzeitig, nicht nur von den Beträgen

---

---

her? Aber natürlich, wir müssen dieses Geld sprechen, das ist ja nicht die Frage. Aber die Frage ist, weshalb schaffen wir das nicht, diese Sachen gleichzeitig zu planen? Merci.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Da gibt es eine einfache Antwort. Der Brandschutz, das ist nicht eine statische Angelegenheit. Der Brandschutz wird laufend verschärft. Mit der Verschärfung der Vorschriften gibt es alle zehn Jahre wieder einmal Vorschriften, die neu eingehalten werden müssen. Grundsätzlich gilt das Bestandesrecht. D.h. wir müssen ein Haus nicht aufrüsten, wenn wir nicht ein Baugesuch einreichen. Aber da wir nun eine Studie haben machen lassen über diese Schulhäuser und feststellen, dass es eben gerade im Schulhaus an der Baslerstrasse 255 Mängel gibt, möchten wir diese Gelegenheit nutzen und dies gleich zusammen mit diesem Storen- und Fensterersatz erledigen, weil es viele elektrische Massnahmen sind. Das ist der einfache Weg.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Alle zehn Jahre ... Das war in diesem Fall gerade Zufall, dass es Januar war und dann hat die Gemeinde äusserst schnell reagiert. Ein Nachtragskredit am 20. Januar zu stellen, ist doch sehr, sehr ein interessanter Zeitpunkt soweit. Als ob man das im Dezember nicht schon gewusst hätte, oder vor den Ferien schon wusste, dass es kommen wird. So wie es aussieht, ja innerhalb der Fraktion sind wir schon der Meinung, dass es nach einer ziemlich teuren Lösung aussieht. Trotzdem werden wir selbstverständlich diesen Antrag genehmigen. Dankeschön.

**Urs Pozivil**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen. Ich rede jetzt hier als Musikschulratspräsident, weil wir schlussendlich diesen Antrag auch gestellt haben. Henry ich gebe dir Recht, wir hätten ihn vielleicht auch etwas früher stellen können, damit er noch ins Budget gekommen wäre. Aber die ganze Diskussion ist eigentlich dadurch entstanden, dass wir das Sicherheitskonzept in diesem Zeitpunkt evaluieren mussten. Dann haben wir festgestellt, hey, wir müssen was beim Brandschutz tun. Somit kam auch der ganze Antrag zu diesem Zeitpunkt, als wir sagten, wir können nicht länger warten, wir benötigen jetzt einfach etwas, das funktioniert und Stand hält. Deshalb haben wir das gleich so eingereicht und nicht noch länger zugewartet.

**Florian Spiegel**, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Artikel- oder abschnittsweise Beratung wird nicht gewünscht. Die Beratung über das Geschäft 4506 ist abgeschlossen. Wir kommen zum Antrag des Gemeinderates Seite 4. Abstimmung.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat Folgendes zu beschliessen:  
1. Der Nachtragskredit von CHF 128'350 für die Umsetzung der Brandschutzmassnahmen bei der Musikschule an der Baslerstrasse 255, Allschwil, wird genehmigt.

://:

Sie haben diesem Antrag einstimmig zugestimmt.

://:

Somit haben Sie dieses Geschäft ebenfalls einstimmig abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

#### **Traktandum 4**

Bericht des Gemeinderates vom 05.02.2020, betreffend  
Studienauftrag Umgestaltung Lindenplatz – Abrechnung  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4359A

---

**Florian Spiegel**, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Ist nicht der Fall. Somit hat Gemeinderat Robert Vogt das Wort.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Vielen Dank, geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Beim Lindenplatz hat es eine lange Vorgeschichte. Die meisten von Ihnen kennen sie. Aber jetzt geht es um diesen Studienauftrag, der im 2017 ausgelöst wurde. Dieser Studienauftrag ermöglichte, dass der Gemeinde drei valable Lösungen vorgeschlagen wurden. Von diesen drei Lösungen konnte ein grosses Beurteilungsgremium eine gute Lösung aussuchen. Über diese gute Lösung werden Sie auch Gelegenheit haben, das Volk im September in diesem Jahr darüber abstimmen wird. Sie kennen diese Abstimmung. Was hier aber nun zur Abstimmung steht ist der Studienauftrag. Dieser hat nur zu einer kleinen Kostenüberschreitung geführt, weil wir uns in der Mitte noch dazu entschlossen haben, dass wir

eine Informationsveranstaltung für die betroffenen Eigentümer durchführen. Deshalb kamen diese Mehrkosten dazu. Dadurch ergab sich eine kleine Überschreitung des Kredits. Ich bitte Sie nun, diesen zu genehmigen.

**Florian Spiegel**, Präsident: Die allgemeine Beratung ist eröffnet.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Unsere Fraktion stimmt auch hier dem Antrag des Gemeinderates zu mit einem Blick in die Zukunft. Wir glauben nicht, dass die Gemeinde Allschwil sich künftig solche akademischen Übungen noch leisten kann.

**Christian Stocker Arnet**, SP-Fraktion: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wir wissen, der Lindenplatz hat schon eine lange Geschichte. Im August 13 reichten wir eine Petition ein mit über 500 Unterschriften, dass man diesen umgestalten soll. Man hat die Bevölkerung im 14 befragt. Man hat öffentliche Veranstaltungen im 14 durchgeführt, an welchen alle teilnehmen konnten. Dann gab es noch Querelen wegen der Baslerstrasse, weil nicht klar war, wann diese gemacht wird, weil man wollte, dass er zusammen mit der Baslerstrasse gemacht wird. Im 16 bildete man diese Spezialkommission, bei welcher es darum ging, in welche Richtung man mit dem Studienauftrag gehen soll. Da konnten auch Petitionäre mit dabei sein. Man hat diesen Studienauftrag durchgeführt, der wurde sehr kompetent gemacht, finde ich. Man hat alle wichtigen Dinge berücksichtigt. Ich selbst war auch in dieser Jury dabei, die das Siegerprojekt auswählte. Während dieser Zeit machten wir auch einen Informationsanlass mit direkt betroffenen Grundeigentümer\*innen. Wir wählten das Siegerprojekt aus, es waren auch viele mit dabei, als wir es vorgestellt hatten. Das war ebenfalls öffentlich im Februar 19. Im Mai 19 wurde es am Stammtisch im Restaurant Harmonie vorgestellt. Es wurde der Kinder- und Jugendkommission vorgestellt. Daraufhin hat man das Vorprojekt noch fertig gestellt und danach sogar noch das Definitive im September der Kinder- und Jugendkommission vorgestellt. Dann hatte der Einwohnerrat ja zum Glück mit sehr grosser Mehrheit zugestimmt. Ich wollte dies einfach noch einmal aufzeigen. Man hat als Gemeinde hier wirklich versucht, ein Projekt zu machen, bei dem man die Bevölkerung abholt. Für mich ist halt immer wieder erschreckend, wie wenig Leute, wenn man dann solche Anlässe macht, dann tatsächlich kommen und mitarbeiten. Denn das ist Arbeit, man muss Ideen haben, man muss denken. Darum verstehe ich nicht, wenn man das Ganze als akademische Übung abtut. Dem kann ich nicht zustimmen. Also, so ein Votum unterstütze ich nicht. Das ist wirklich einfach. Man hat versucht, für die Bevölkerung ein Projekt zu machen, das der Bevölkerung nützt und - man muss auch sagen - es ist abgestützt auf das Freiraumkonzept, dieses wurde auch berücksichtigt. Ich muss sagen, die ganze Sache, auch wenn das Budget dieses Studienauftrages nun ein wenig überschritten wurde, es wurde wirklich sehr gute Arbeit geleistet. Auch von der Verwaltung. Da muss ich sagen, da haben sich alle am Riemen gerissen und haben wirklich tolle Leistung erbracht. Merci vielmal.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Die FDP-Fraktion unterstützt diese Abrechnung und kann auch diese Kostenüberschreitung in diesem Rahmen genehmigen. Es ist ja eigentlich eine Punktlandung, die man getroffen hat. Ich bin überzeugt, dass das Geld richtig eingesetzt ist. Ich kann mich dem Votum meines Vorredners anschliessen. Man sieht, dass die Gemeinde hier wirklich sehr darauf bedacht war, sämtliche Kreise in den Planungsprozess zu involvieren und sämtliche Bevölkerungsgruppen abzuholen, damit der Lindenplatz ein gutes Projekt wird. Wenn einer sagt, ein qualitätssicherndes Verfahren, was ein Studienauftrag nun mal mit einem Präqualifikationsverfahren ist, sei eine akademische Übung, dann hat er schlichtweg vom Planen in der heutigen Zeit keine Ahnung. Punkt.

**Florian Spiegel**, Präsident: Ich hätte in diesem Fall auch noch eine Verständigungsfrage an Gemeinderat Robert Vogt: Bei der Position 1 ist ein Delta von ca. 12'000 mehr und bei Position 3 ist ein Delta von ca. 3'000 mehr und bei Position 4 ist man mit 11'000 massiv drunter. Das sind Überschreitungen von 3'366. Ich sehe auch, dass das nicht wahnsinnig ist. Ich finde, will man die Begründung wirklich so stehen lassen, dass wirklich die Grundeigentümerversammlung ausschlaggebend für diese Mehrkosten war. Das finde ich etwas speziell und wäre um eine Aufschlüsselung dankbar.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Vielen Dank für diese Ergänzungsfrage. Es ist so, dass es bei diesen Einzelpositionen manchmal grössere Abweichungen gibt. Das hat damit zu tun, dass man die einzelnen Positionen nicht sehr genau schätzen kann. Insgesamt bin ich aber froh, dass sich das über die Gesamtsumme sehr gut ausgeglichen hat und dadurch nur eine kleine Überschreitung resultierte.

**Florian Spiegel**, Präsident: Somit ist die Rednerliste erschöpft. Es wird keine artikel- oder abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht. Die Beratung über das Geschäft 4359 A ist abgeschlossen. Wir kommen zum Antrag des Gemeinderates Seite 7 des Berichts. Abstimmung.

---

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Die Abrechnung von CHF 198'160.70 inkl. MWST für die Durchführung eines Studienauftrags im Dialogverfahren zur Umgestaltung des Lindenplatzes wird genehmigt.

://:

Sie haben diesem Geschäft einstimmig zugestimmt.

://:

Somit haben Sie dieses Geschäft einstimmig beschlossen.

01.030 Einwohnerrat

### **Traktandum 5**

Bericht des Gemeinderates vom 18.09.2019, sowie Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 01.03.2020, betreffend Beantwortung des Postulats von Florian Spiegel, SVP-Fraktion, betreffend Erstellung der Schulweg- und Sicherheitskonzepte  
Geschäftsvertretung: KBU-Präsident Andreas Bärtsch, Geschäft 4390 / A / B

---

**Florian Spiegel**, Präsident: Von der Rednerreihenfolge her hat zuerst das Wort der ausführende KBU-Präsident Andreas Bärtsch.

**Andreas Bärtsch**, KBU-Präsident: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Damen und Herren. Ich gebe Philippe Hofmann das Wort weiter. So kann er mal aus dem Vollen schöpfen.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte, geschätzter Andreas Bärtsch, danke vielmals, dass ich da zuerst reden soll. Ich habe mich zwar anders darauf vorbereitet, trotzdem Dankeschön. Ich begrüsse auch, was im Bericht der KBU gefordert wird. Also ein stärkeres Zeichen gegen Elterntaxis soll gesetzt werden, die Forderung nach einem befristeten Halteverbot, so wie es drinsteht, beim Neuallschwiler Schulhaus und dass dafür ein Konzept ausgearbeitet werden soll. Die Kommission ist davon überzeugt, damit ein Zeichen setzen zu können. Ich denke, als Gemeinderat sollte man das unterstützen können. Das haben wir auch so besprochen. Ich finde es eigentlich eine gute Sache, weil die Geschichte mit den Elterntaxis langsam eine leidige Sache ist. Ich habe mich auch darum schon bemüht mit anderen Gemeinden in Kontakt zu treten, um herauszufinden, ob das eigentlich ein Allschwiler Problem ist oder ob das andere Gemeinden auch haben und wie sie diese Sache angehen. Ich wurde fündig in der Gemeinde Erendingen. Ich möchte hier einfach kurz informieren, was dort geschehen ist. Das ist es wohl auch, was er meinte mit Aus-dem-Vollen-Schöpfen. Mir hat der Gemeindeammann Auskunft gegeben, das war bereits im letzten Jahr. Ich habe ihm drei Fragen gestellt. Die erste war, welche Massnahme, auf welcher rechtlichen Grundlage getroffen wurde. Er hat mir geschrieben, dass sie entlang der Strassenzüge bei den Schulhäusern beidseitig ein Halteverbot signalisierten, ein temporäres, nämlich während der Schulzeiten von morgens 7 bis abends 17 Uhr, von Montag bis Freitag. Hinzu hat die Polizei viel Präsenz markiert. Zuerst beliess man es bei Ermahnungen, dann mit Verwarnungen und in einer dritten Phase hat man ganz klar Bussen ausgesprochen. Die rechtliche Grundlage, die man bemühte, ist die eigene Kompetenz des Gemeinderates, solche Anordnungen für 60 Tage erlassen zu können. Die Signalisation erfolgte aber in Absprache mit der Polizei. Die Folge davon war, dass gewisse Unbelehrbare ihre Kinder einfach ausserhalb dieser Zone ein- und aussteigen liessen. Aber das Problem vor dem Schulhaus liess sich dann eigentlich gut lösen. Ich fragte weiter, welche Reaktionen sie seitens der Lehrer und der Eltern erhalten. Die Antwort war: ca. 95 % Zustimmung aus der Bevölkerung und Elternschaft, die Lehrerschaft begrüsst es zu 100 %, dass man Massnahmen ergriffen hatte. Welche Schlüsse ziehen sie daraus und wie gehen sie weiter vor, habe ich am Schluss noch gefragt. Dann hat man mir gesagt, dass der Gemeinderat dieser Massnahme Überzeugung schenkte und nach den Sommerferien noch einmal eine 60-tägige Phase in Erwägung ziehen will. Danach ein Fazit ziehen. Sie haben das Fazit auch zogen, nämlich, es hatte praktisch keine Elterntaxis mehr, auch ausserhalb dieser Phasen nicht. Die Gefahr rund um die Schulhäuser war quasi weg. Aber, was nicht wegkam, sind die wenigen Prozent an Unbelehrbaren, die ihre Kinder einfach 300, 400, 500 m weiter weg aus ihren Autos rauslassen. Ich fragte nach, wie sie nun weiter gehen, weil sie dies dann in Erendingen definitiv einführen wollten. Dann aber kam die Meldung, dass sie das definitive Halteverbot doch nicht einführen werden, weil sie gerade dabei sind, ein Parkplatzkonzept zu erarbeiten, welches per Mitte 2020 eingeführt werden sollte.

---

---

Wahrscheinlich nun auch etwas später. Summa Summarum kann gesagt werden, die Massnahmen, die wir dort angetroffen haben, waren eigentlich ein Erfolg. Das Problem konnte man im Grunde so angehen. Deshalb bin ich auch der Meinung, dass wenn man das mit dem Halteverbot adaptiert, dass das auch in Allschwil eine Chance verdienen sollte. Ich danke für die Aufmerksamkeit und übergebe dem KBU-Präsidenten Andreas Bärtsch wieder das Wort.

**Andreas Bärtsch**, KBU-Präsident: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Philippe Hofmann, herzlichen Dank für deine Ausführungen und auch herzlichen Dank, dass du den Vorstoss der Kommission, mal so ein Pilot zu machen, begrüsst. Wir sind froh, dass der Gemeinderat, nicht du, sondern der Gemeinderat es gleich sieht wie die Kommission, dass wir mit dem Versuch mal ein Zeichen setzen können gegenüber den Eltern, die ihre Kinder mit dem Auto in die Schule bringen. Die Frage stellt sich natürlich jetzt aufgrund der aktuellen Situation, ist das noch aktuell oder ist es jetzt aktueller denn je. Da stützen wir uns selbstverständlich auf die Erfahrungen und die Erkenntnisse der Spezialisten ab. Die Kommission Bau und Umwelt hatte ja nicht nur den Auftrag, eine gute oder Ideen zusammen mit dem Gemeinderat zu entwickeln, sondern sie hatte auch den Auftrag, das Postulat von Florian Spiegel der SVP-Fraktion betreffend die Erstellung des Schulweg- und Sicherheitskonzepts oder nicht das Postulat zu beurteilen, sondern die Beantwortung des Gemeinderates. Die KBU hat das getan und kam eigentlich zum Schluss, dass dieses Postulat umfassend und in der erforderlichen Tiefe durch den Gemeinderat beantwortet wurde. Daher möchte ich an dieser Stelle auch den Mitarbeiter\*innen der Verwaltung sowie dem Gemeinderat für diese Beantwortung dieses Postulats ganz herzlich danken. Ich bitte Sie natürlich, dem Antrag der Kommission Bau und Umwelt zu folgen.

Der zweite Punkt, der noch in unserem kurzen Bericht steht, betrifft die farbigen Zonen. Ich weiss nicht, Gemeinderat Hofmann, ob ihr da schon eine erste Aussage machen könnt, wie hier bei diesen farbigen Zonen die Entwicklung ist, die ja den tollen Begriff „Farbliche Gestaltung von Strassenoberflächen (FGSO)“ haben und nicht mit einer Begegnungszone gleichzusetzen sind, und diese Zonen dieselben Gesetze oder Rechte für die Automobilisten gelten, wie auf einer nicht markierten Fahrbahn. Ergo, der Langsamverkehr oder der Fussgänger hat darin auch keinen Vortritt, das habe ich nicht gewusst oder das hat, glaube ich, keiner ausser Philippe Hofmann in der Kommissionssitzung gewusst. Daher wäre es doch noch spannend zu hören, wie diese Umsetzung ablief und ob es schon erste Aussagen gibt, darüber, ob es etwas bringt oder es man gescheiter weglässt. Merci.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Besten Dank. Nein, ich kann noch keine fundierten Aussagen dazu machen. Es hat auch damit zu tun, dass wir in letzter Zeit auch zu wenige Einsätze mit der Polizei machen konnten, die das hätte dokumentieren können. Selbstverständlich werde ich zur gegebenen Zeit mit korrekten und kompetenten Aussagen ergänzen, was in diesem Bericht zu dieser FGSO gefordert wurde.

**Florian Spiegel**, Präsident: Wir kommen somit zur Beratung. Die Rednerliste ist eröffnet. Ich werde mich an diesem Geschäft nicht beteiligen, sondern mich durch Henry Vogt vertreten lassen.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Zu diesem Bericht ist unsere Fraktion der Meinung, dass der Gemeinderat der Aufgabe nachgekommen ist, aber nicht mehr, nicht weniger. Wir sehen ihn nicht wirklich als vollständig beantwortet. Einen Punkt würde ich gerne hervorheben, der uns aufgefallen ist. Dass der Gemeinderat keinen nachvollziehbaren, sachlichen Zusammenhang sieht zwischen Entwicklung der Schülerzahl und dem Schulweg. Das dünkt uns schon ziemlich sonderbar. Je mehr Schüler umso mehr wird der Schulweg genutzt - normalerweise. Das haben wir auf jeden Fall gedacht. Zu den farbigen Zonen ist bis anhin nichts Erkennbares rausgekommen. Das erstaunt uns eigentlich auch nicht, denn wenn man als Autofahrer vor dem Neuallschwiler Schulhaus vorbeifährt, sieht man diese farbige Zone kaum, die ist doch sehr bleich. Trotzdem, wie schon gesagt, der Gemeinderat kam dem nach, will die sicheren Punkte herausholen und dann im Verlauf der nächsten Zeit mit zusätzlichem Vorstoss kommen. Unterdessen unterstützen wir sicher den Antrag der Kommission. Dankeschön.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Auch wir unterstützen den Antrag der Kommission und finden den Bericht des Gemeinderates okay. Eine Massnahme möchte ich noch erwähnen, die hier gar nicht zur Sprache kommt, insbesondere in der Wirkung auf Elterntaxis. Jetzt zum dritten Mal heute in die Zukunft blickend: baut keine so grossen Schulhäuser mehr. Das ergibt lange Schulwege und ist Elterntaxi fördernd. Wir haben deshalb in Basel auf der Primarstufe alles nur Quartierschulhäuser gebaut oder ausgebaut. Ich selbst war in Reinach vom Gemeinderat eingeladen für eine Beratung zu einem Schulhausneubau. Reinach wollte ein grosses, neues Schulhaus bauen. Ich



---

habe Reinach abgeraten und ihnen gesagt, sie sollen die alten Schulhäuser auffrischen und ein neues Quartierschulhaus bauen. Reinach macht das.

**Kathrin Gürtler**, FDP-Fraktion: Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wir von der FDP-Fraktion finden es eine sehr gut gelungene und ausführliche Beantwortung dieses Postulats. Wir sind auch über die Idee erfreut und die Empfehlung der KBU, dass man gegen Elterntaxis es einmal mit dem Halteverbot versucht. Erfreulicherweise nimmt das ja auch der Gemeinderat nun auf und die Ausführungen von Philippe Hofmann lassen doch die Erwartungen steigen, dass so eine Massnahme auch einen Nutzen trägt.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist ungefähr das eingetroffen, was ich bereits gedacht habe, was vor einem Jahr eintrifft. Es reden alle über die Elterntaxis, aber eigentlich war das gar nicht die Aufgabe dieses Postulats. Es war ein kleiner Teil, und da muss ich Philippe Hofmann, dem Gemeinderat Recht geben, es wird genau darauf hinauslaufen. Der Auftrag war ja eigentlich, dass man das Schulweg- und Sicherheitskonzept erstellt. Ab dann sagte bereits der Gemeinderat, wir sind schon fleissig daran. Wenn man den Antrag liest, den wir eigentlich gestellt haben und die Mehrheit monierte, sie würde gerne dabei sein und mitarbeiten. Deshalb auch die Fraktionspräsidentenrunde. In der Antwort können wir nun erkennen, es wurde vieles getan, es lief vieles im Prozess. Nun sind wir eben genau wieder auf die Thematik Elterntaxis heruntergestuft. Aber eigentlich ging es ja gar nicht darum. Wir hatten eigentlich, wenn wir das Protokoll anschauen, darin wurde moniert. Dieser Faltplyer ist schön und nett, ist aber sicher kein Sicherheitskonzept. Es waren solche Dinge, die sagen, hey, wir wollen gerne Insiderwissen. Wir haben jetzt einen Prozess beschrieben, was alles gelaufen ist, ob es gut ist oder schlecht weiss ich nicht. Nun hatten wir auch mal ein Vorgehen, das nicht so typisch ist. Und zwar ist das Geschäft ein persönlicher Vorstoss, der ging für einmal direkt an eine Sachkommission. Ich hatte die Hoffnung, wenn das jetzt so gemacht war, ich nehme an, die entsprechende Person, die den Vorstoss geschrieben hat, war auch im Büro und hat dafür gesorgt, dass er in diese Sachkommission geht. Dann gehe ich doch davon aus, dass diese Sachkommission sich doch etwas mehr damit beschäftigt. Ich kenne die KBU eigentlich generell als sehr, sehr super gute Kommission, welche sehr seriös und Dinge kritisch betrachtet. Wir sind hier, es gibt eine Schwachstellenanalyse, wir sehen, es gibt schon beide Konzepte. Aber der Mehrwert, der die KBU aus diesem Bericht herausgezogen hat, sehe ich nichts. Es ist ein einziger Satz, der heisst: „Alle Fragen sind beantwortet worden.“. Ich sehe überhaupt gar keine Fragen. Es ist keine Interpellation. Dann frage ich mich, ich habe keinen Mehrwert aus diesem Bericht gezogen. Sie sagen, sie ziehen zwei Dinge raus, wir wollen ein Zeichen setzen. Aber für mich ist ein Zeichen-Setzen ein politisches Statement. Das kann man gerne im Rat machen. Aber eine Sachkommission, die ja die Schulwegsicherheit als Gesamtes anschauen soll, finde ich es schwierig, als Fachkommission zu sagen, wir wollen ein Zeichen setzen. Das kann man gerne hier sagen. Aber ich habe doch die Erwartung, dass man schaut, welche Alternativen gibt es, um ein Zeichen zu setzen. Das finde ich etwas schwierig. Wenn ich jetzt die Massnahmen anschau: Die Massnahmen werden damit begründet, ja nicht wegen der Verkehrssicherheit. Wir vermischen hier wieder zwei Dinge, zwei Anliegen. Worum es geht. Zum einen finden wir das Thema Elterntaxis, finden wir unerwünscht. Politisch und gesellschaftlich unerwünscht. Aber per se sind ja Elterntaxis nicht eine Frage der Sicherheit, der Schulwegsicherheit. Wenn ein Auto fährt müssten wir dann sagen, ja sobald ein Auto fährt ist der ganze Schulweg unsicher. Das Problem bei den Elterntaxis ist genau der Ballungspunkt vor den Schulhäusern. Weil dort die Autos kommen, dort alle mit dem Scooter kommen, sie irgendwelche Manöver machen. Das ist genau dieser Punkt. Aber wir vermischen da irgendetwas mit Wir-wollen-es-generell-nicht. Und der Sicherheitsaspekt, wenn wir sagen, wir wollen die Elterntaxis bekämpfen, müsste man das in einem neuen Vorstoss tun, der nichts mit der Erstellung des Schulweg- und Sicherheitskonzepts zu tun hat. Ich finde die Massnahme ist richtig, wenn man diesen Ballungseffekt anhand eines Anhalteverbots ausweitet. D.h. dann haben wir einfach einen Zirkel. D.h. Personen sind nicht alle auf einem Punkt, sondern werden links, rechts, wo auch immer, abgeladen. Ob man das will oder nicht, na ja. Ich finde, da ging auch wieder ein bisschen die Essenz verloren, denn an diesem Punkt waren wir schon einmal. Das hat Pascale Uccella schon gesagt. Tempo 30 vor den Schulhäusern. Das Problem, der Sicherheitsaspekt, den wir ja noch analysieren, sagen wir als Einwohnerräte stellen fest, dass es vor den Schulhäusern auf diesem Perimeter einen Sicherheitsaspekt gibt. Aber dafür haben wir einen gesamtheitlichen Vorstoss gemacht, um genau das herauszufinden. Das haben wir vorher schon gewusst. Deshalb finde ich es schade, dass so wenig herauskam. Ich weiss jetzt nicht gleich, was der Auftrag des Büros war. Normalerweise wenn ein persönlicher Vorstoss irgendwelche Mängel hat, das hatten wir schon ein paar Mal, überweisen wir ihn mit einem Handlungsauftrag von der KBU. Ich weiss nicht, was der Handlungsauftrag war. Ich finde es einfach schade, dass wir diese Insides nicht haben. Wir haben keine Wertung. Unterstützen wir jetzt das oder unterstützen wir die Kommission nicht? Ich bin keine Fachperson. Ich hätte jetzt die Hoffnung gehabt, haben wir jetzt ein gutes Schulweg- und Sicherheitskonzept, das Stand hält oder nicht? Ich sehe das nicht. Der Gemeinderat sagt, wir haben es ausgearbeitet. Aber wissen es nicht. Ich kann nicht sagen, ja

wir haben eines, es funktioniert, es hält Stand, es hat alle wichtigen Punkte oder nicht. Ich sehe eine Auflistung aller beteiligten Personen. Ich weiss nicht, fehlt da etwas? Fehlt es nicht? War das der Anspruch des Interpellanten oder nicht? Ich weiss es nicht. Von daher sprechend waren wir auch etwas enttäuscht. Nun haben wir auch einen Vorstoss eingegeben für eine Möglichkeit für eine Begegnungszone Lettenweg - haben wir heute eingegeben. Dass dort dieser Vorort-Ballungseffekt in diesem Sinne als Sicherheitsaspekt gewahrt werden kann, weil dann natürlich die Kinder auf diesem Perimeter Vortritt haben. Dann müssen die parkierenden Leute, die Autofahrer, Autolenker, welche diese Manöver machen, auf das Kind Rücksicht nehmen und nicht umgekehrt. Das ist z.B. ein Ansatz. Das wurde nirgends besprochen. Begegnungszone - nicht vorhanden. Obwohl, das habe ich auch dort schon eingebracht, wäre ein Aspekt - nicht vorhanden. Es wird einzig und alleine auf dieses Fussgängerkonzept, welches wir seit 2016 haben und noch ein alter Vorstoss von Bruno Gadola ist Ein Langsam- und Fussgängerkonzept wäre zum Beispiel da drin gewesen, wäre eine Alternative. Aber ich finde, da haben wir jetzt wieder versucht etwas zu erreichen, das wir nicht erreicht haben. Jetzt sind wir genau wieder bei der Frage Elterntaxi. Das war aber nicht der Sinn des Vorstosses, sage ich per se. Ich finde es richtig und wichtig, dass wir es angehen. Aber hier bei dieser Beantwortung hat mir einfach ein bisschen Speck am Knochen gefehlt. Dankeschön.

**Andreas Bärtsch**, KBU-Präsident: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen, lieber Etienne. Der Auftrag für die Kommission war das Postulat zu prüfen, ob es beantwortet ist. Das haben wir diskutiert in der Kommission und sind der Meinung, dass es beantwortet ist. Herzlichen Dank für die Blumen, die du der Kommission Bau und Umwelt gibst, es freut uns sehr, dass unsere Arbeit geschätzt wird. Vielleicht steigen damit auch die Ansprüche, ich weiss es nicht, aber also die Kommission Bau und Umwelt ist zwar ein Gremium, das aus verschiedenen Fachkreisen zusammengesetzt ist und Fachpersonen zusammengesetzt sind, aber es ist nicht ein Gremium, das fachlich Sicherheitskonzept eines Schulweges beurteilen kann, ob jetzt da alle richtigen Personen dabei sind oder ob noch eine Person fehlte und ob alle Gefahren berücksichtigt wurden, ob nun das Konzept komplett ist. Das kann die Kommission nicht. Die Kommission kann auch nicht im Rahmen einer Beantwortung eines Postulats beginnen zu überlegen, ob und wo man noch eine 30er-Zone oder eine Begegnungszone einführen soll. Das kann die Kommission auch nicht, weil dies einfach den Rahmen der Kommissionsarbeit sprengt. Das weiss glaube ich jeder der Einwohnerräte, dass das in einer Kommission relativ aufwändig wäre, wenn man beginnt auf diese Weise zu arbeiten. Wenn wir den Auftrag erhalten, nehmen wir den natürlich sehr gerne entgegen. Wir werden dann aber auch die nötige Zeit benötigen, um ihn durchzuführen. Aber was wir durchaus getan haben ist, wir haben es kritisch hinterfragt. Wir haben auch über die Gefahrenstellen und Unfälle diskutiert, wie wir das zum Beispiel auch bei der Querung der Fabrikstrasse getan haben. Da sieht man ja eigentlich auch, dass die Schulwege in Allschwil grundsätzlich sicher sind. In der geführten Diskussion innerhalb der Kommission kam, sagen wir mal, die Hilflosigkeit, welche bei der Gemeinde Allschwil gegenüber diesen Elterntaxi herrscht, zum Ausdruck. Da meinten wir, wenn wir als Kommission mal ein Zeichen setzen, fänden wir es gut, wenn der Einwohnerrat dieses Zeichen auch setzt. So kam es zustande. Ich bin der Meinung, es ist nicht Auftrag der Kommission zu versuchen, das Konzept zu verbessern, denn da waren viel versiertere und erfahrene Leute an der Arbeit, die mehr Zeit haben und dafür auch einen Leistungsauftrag haben, beauftragt wurden. Nach wie vor ist die Meinung der Kommission, dass sie dies richtig, umfassend und abschliessend getan haben.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, lieber Etienne. Ich kann nur unterstützen, was mein Vorredner gesagt hat. Die Aufgabe der Kommission, als sie dieses Postulat beraten hat, war, die Diskussion, die wir hier als Einwohnerräte führen, vorweg zu nehmen und vorzubereiten. Das ist die Aufgabe der vorberatenden Kommission und nichts anderes. In dieser Funktion haben wir dieses Postulat und prüfen müssen, ob man denn das abschreiben kann. Der Mehrwert dieser Kommissionsberatung besteht darin, dass man diesen Punkt Elterntaxi noch einmal vertiefte und der Gemeinderat nun bereit ist, in dieser Sache versuchsweise auch etwas zu unternehmen. Das ist der Mehrwert, den wir daraus haben. Deshalb müssen wir nicht einen riesigen Bericht erstellen und irgendetwas evaluieren. Sondern wir bringen das hier in den Rat ein, darüber haben wir politisch diskutiert, hier können wir auch politisch diskutieren und nichts anderes. Dankeschön.

**Martin Münch**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich wollte nur kurz Etienne noch sagen, dass eine 30er-Zone aus diesem Vorstoss, der ja von Matthias Häuptli kam, wirklich das ist, was die Sicherheit rund um die Schulhäuser sicher vergrössert. Ich bin auch sehr gespannt und deshalb unterstütze ich die Kommission, auf die Auswertung dieser Pilotphase von FGSO (Farbliche Gestaltung von Strassenoberflächen) beim Schulhaus Neuallschwil. Darauf sind bei uns alle gespannt. Natürlich warten wir nun ein wenig, bis diese Erfahrungen gesammelt wurden und freuen uns auf diesen Bericht.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Merci vielmals für diese Ausführungen seitens KBU. Jetzt habe ich ein bisschen Insides erhalten, was sie gemacht haben und was nicht. Das war leider eben nicht Bestandteil ihrer Antwort. Ich habe einfach nur noch eine Frage bezüglich Umsetzung. Wir haben eigentlich drei Primarschulhäuser. Wenn man nun diese Massnahme ergreift, trifft dies auch auf die Kantonsstrasse zu oder nicht? Denn schlussendlich, wenn man das durchdekliniert ist das dann eigentlich nur noch der Lettenweg, wenn es auf Kantonsstrassen nicht möglich ist? Ist es nur noch der Muesmattweg? Ich weiss nicht einmal, ob die Klarastrasse eine Kantonsstrasse ist oder nicht. D.h. verlagern wir dann nicht einfach den Perimeter auf die anderen Strassen? Also die Frage ist: Kann diese Anordnung auch auf den Kantonsstrassen erfolgen? Besten Dank.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Eigentlich muss ich Etienne im Ganzen unterstützen. Wir kamen nun eigentlich zum Schluss, wieder reden wir über diesen Bereich vor dem Schulhaus Lettenweg. Wir reden nur über diesen Bereich. Dort sind wir wieder schlussendlich bei den Elterntaxis. Der Schulweg ist grundsätzlich weiter, ist einiges weiter. Es gibt Kinder, die mehrere hundert Meter bis zur Schule gehen. Schaut man sich den Schulweg heutzutage an, sieht man ein paar miserabel laminierte Blätter, auf denen „Schulweg“ draufsteht, welche von den Kindern in allen Richtungen bewegen können, wenn sie sie nicht abreißen. Das ist auch ein Sicherheitsaspekt eines Schulweges. Deshalb sagen auch wir, es ist ganz klar, der Aufgabe nachgekommen. Die KBU hat das nun so beantwortet, getan, was sie musste. Trotzdem werden wir dann mit mehreren Vorstössen kommen müssen. Dankeschön.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Also, versuchen wir mal, zwei, drei Antworten zu geben, damit die aufgeworfenen Fragen vielleicht beantwortet werden können. Henry Vogt sagte zu Beginn wegen des nicht nachvollziehbaren Zusammenhangs zwischen Schüleraufkommen und Schulweg. Das ist natürlich tatsächlich so, entweder ist ein Weg sicher oder ein Weg ist nicht sicher. Das hat mit den Frequenzen nicht wahnsinnig viel zu tun, sondern mit der Ausstattung des Wegs. Weil die Anzahl der Schüler, der ja bei einem Bevölkerungsanstieg nicht dermassen ansteigen, dass ein Weg unsicher wird. Also die Schulwege sind so sicher, dass sie auch noch mehr Kinder ertragen werden, und nicht nur zum Beispiel auf sieben Kinder ausgelegt sind.

Ja, Etienne hat natürlich schon Recht, wenn er sagt, dass dieses Fallprojekt kein Konzept ist. Das hat auch niemand behauptet, dass es ein Konzept ist, sondern es ist das Produkt eines Konzepts. Wir können den Eltern nicht ein ausgearbeitetes Konzept in die Hand geben oder so. Sondern wir haben ein Fallprojekt gemacht, das lesbar ist. Das ist sinnvoll, damit man die Leute auf diese Art informieren kann, also mit jenen Informationen beliefern, die sie benötigen. Es steht ja auch im Bericht, wer bei der Bearbeitung dieser Konzepte dabei war. Man sieht, es waren viele verschiedene mit dabei. Klar, da ist nicht jedes einzelne detaillierte Frage-Antwort-Spiel abgebildet. Das ist auch nicht Umfang eines Postulats, wie es dargestellt werden soll. Du hast dir die Antwort selber gegeben betreffend die Schulwege und den Elterntaxis. Die Elterntaxis sind eben wohl doch ein Problem auf dem Schulweg, weil der Ausladerraum, oder Ballungsraum wie du gesagt hast, notabene auch zum Schulweg zählt. Dies ist eigentlich die grosse Crux, die wir haben, die auch unter Schulwegsicherheit fällt. Denn das Durcheinander, welches durch die rangierenden Autos vor den Schulhäusern entsteht, ist das grössere, vorhandene Problem, und damit ist auch der Schulweg tangiert.

Was von Martin Münch gesagt wurde, ja selbstverständlich, wie ich schon mal erwähnt habe, Pilot FGSO werden wir selbstverständlich auswerten und kommunizieren. Zu Etienne muss ich sagen, ja richtig festgestellt, auf Gemeindestrassen haben wir eine Handhabung, auf den Kantonsstrassen können wir sicher nicht einfach irgendetwas tun, ohne dass es der Kanton gutheisst, das ist klar.

**Martin Münch**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Lieber Henry. Ich möchte gerne nur kurz auf diese miserabel laminierten Faltprospekte eingehen. Der Schulweg wird ja eigentlich mit den Eltern gelernt, also die Eltern laufen mit ihren Kindern den Weg ab, bevor diese in den Kindergarten oder in die 1. Klasse der Primarschule kommen, weil die Kinder dann noch nicht lesen können. Sie lernen das erst in der 1. Klasse, können dieses Prospekt nicht lesen. Die Eltern lesen es und wissen dann, wo sie langgehen müssen, machen mit dem Kind diesen Weg, und dann braucht es diesen Prospekt nicht mehr für die Kinder. Dann dürfen sie ihn selbstverständlich gerne auseinanderreißen und Papierflieger daraus machen, wenn sie möchten. Sie sind übrigens nicht laminiert, sondern sie sind einfach aus ein wenig stärkerem Karton.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Nur ganz kurz. Ich rede nicht vom Schulprospekt, ich rede von den laminierten Blättern, die an den Kandelabern hängen und den Schulweg bezeichnen sollten. Ich rede davon.

**Andreas Bärtsch**, KBU-Präsident: Ich würde einfach beliebt machen, Henry Vogt, bevor du dann deine vielen Vorstösse schreibst und die Gemeinde mit der Beantwortung beschäftigst, lies die Fachdokumentation der BfU 2.262, Schulweg zu Fuss. Diese haben wir eigentlich auch zu Rate gezogen bei der Querung, beim Fussgängerstreifen Fabrikstrasse. Dort steht gut beschrieben, was ein Schulweg bieten muss und was er können muss und was auf dem Schulweg alles erlaubt ist. Vielleicht siehst du dann den Schulweg auch noch ein bisschen anders.

**Florian Spiegel**, Präsident: Der KBU-Präsident sendet das sicher allen per Mail, damit wir alle auf dem gleichen Stand sind. Somit ist die Rednerliste erschöpft. Wünscht der Einwohnerrat abschnitts- oder artikelweise Beratung des Berichts? Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich stelle fest, dass die Beratung über das Geschäft 4390 A und B abgeschlossen ist. Wir haben die Anträge des Gemeinderates und jene der KBU, die wir einander gegenüberstellen. Abstimmung.

Anträge des Gemeinderates auf Seite 7: Der Gemeinderat beantragt, das Postulat 4390 wird als erledigt abgeschrieben.

Der Gegenantrag der KBU findet sich im Bericht auf Seite 2: Das Postulat wird abgeschrieben und der Vorschlag der KBU in Bezug auf die Elterntaxis wird umgesetzt.

://:

Der Antrag der KBU hat einstimmig bei 2 Enthaltungen gegenüber dem Antrag des Gemeinderates obsiegt.

Wir müssen trotzdem noch über den Antrag der KBU alleine abstimmen.

://:

Sie haben ebenfalls einstimmig bei 2 Enthaltungen für den Antrag gestimmt.

Somit kommen wir zur Schlussabstimmung.

://:

Sie haben diesem Geschäft als Ganzes einstimmig zugestimmt.

01.030      Einwohnerrat

### **Traktandum 6**

Bericht des Gemeinderates vom 25.03.2020, zum Postulat von Andreas Lavicka und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 25.04.2018, betreffend Zwischennutzung Brache Bettenackerareal  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4389 / A

---

**Florian Spiegel**, Präsident: Das Wort hat zuerst eine der antragstellenden Personen, wer möchte das Wort? Beide verweisen weiter auf den Gemeinderat.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Vielen Dank, geschätzte Herren und Damen. Es ist so, dass ich eigentlich bei diesem Geschäft sehr stolz bin, dass wir jetzt nicht nur ein Konzept vorlegen können, nein, wir haben es bereits umgesetzt. Und dies nur zwei Jahre nach Einreichung dieses Postulats. Bei dieser Brache Bettenacker ist unterdessen ein so multivalentes Areal entstanden, welches diverse Spielmöglichkeiten, Beachvolleyballfeld, eine Blumenwiese, ein Hunde-WC, eine Dirt-Bahn bietet, es ist unglaublich. Ich bin nun der Meinung, dass genau das nun dieses vielseitige, gut abgegrenzte Angebot ist, welches die Postulanten wollten. Deshalb glaube ich, können Sie dieses Postulat nun abschreiben.

**Florian Spiegel**, Präsident: Somit ist die Rednerliste eröffnet und die allgemeine Beratung folgt.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Geschätzter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Nach kurzem Augenkontakt soll ich das übernehmen. Wie eine Faust aufs Auge, ja. Nicht wir, sondern wir waren ja die Initianten dieses Postulats, sondern der Einwohnerrat hat ja in grosser Mehrheit gewünscht, dass wir auf dieser Brache Bettenackerareal doch etwas Grösseres verwirklichen für die Allgemeinheit als nur eine Blumenwiese. Wir sind sehr, sehr dankbar und können den Gemeinderat loben für diese großartige Umsetzung. Der Platz wird rege benutzt. Ich selbst war auch schon öfter dort, durfte ihn geniessen, wie

---

eigentlich das Quartier dieser Platz auch wertschätzt. Ist auch ein Indiz zum Freiraumkonzept, oder, dass das nun wirklich mittlerweile praktisch die letzte Grünfläche ist in diesem ganzen Quartier ist. Es wird entsprechend auch beantwortet und gebraucht. Grossen Dank auch an die Mitwirkenden, die versucht haben mit Hoppla-Fit, mit den Gärtnermeistern auch gewisse Projekte realisieren zu können. Ich glaube mit Hoppla-Fit seid ihr noch unterwegs, es gibt noch zwei, drei Dinge, die man noch anpassen könnte. Es wurde auch öfter mal von Alt-Einwohnerrat Andreas Bammatter immer gerne postuliert, dass man für alle Generationen entsprechende Spielraumgestaltung ausarbeitet. Ich habe gehört, dass man noch 2, 3 Dinge ergänzen wird. Uns bleibt nicht viel mehr zu sagen als Dankeschön.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Wir haben eine grosse Freude über das, was aus dem Bettenackerareal gemacht wurde im Sinne einer Zwischennutzung. Das ist nicht zuletzt auch die Leistung der Bauabteilung der Gemeinde, welche man honorieren und erwähnen muss.

**Beatrice Stierli**, CVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Auch wir von der CVP-Fraktion danken dem Gemeinderat für diesen Bericht und vor allem für die unkomplizierte Umsetzung dieser Massnahmen. Da gibt es doch einfach alles nur Gewinner. Jeder hat etwas davon. Wir finden es toll. Eine super Sache.

**Florian Spiegel**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wird zusätzlich artikel- oder abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht? Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass die Beratung über das Geschäft 4389 A abgeschlossen ist. Wir kommen zum Antrag des Gemeinderates auf Seite 4 des Berichts:

Gestützt auf die Ausführungen beantragt der Gemeinderat Folgendes:

1. Das Postulat Geschäft 4389 wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Sie haben dieses Postulat einstimmig abgeschrieben.

://:

Sie haben diesem Geschäft als Ganzes zugestimmt.

01.030

Einwohnerrat

### **Traktandum 7**

Bericht des Gemeinderates vom 18.03.2020, zum Postulat von Patrick Kneubühler, SVP-Fraktion, vom 17.'6.2019, betreffend Lärmbelastung Schulhaus Gartenstrasse (resp. Schule Gartenhof) Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4471 / A

---

**Florian Spiegel**, Präsident: Das Wort hat zuerst die antragstellende Person.

**Patrick Kneubühler**, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Ich möchte mich recht herzlich dem Gemeinderat für die Beantwortung bedanken. Ich finde es allerdings ein bisschen bedenklich und schade, dass steuerzahlende Bürger bei uns in Allschwil zuerst eine Lärmklage beim Kanton einreichen müssen, bevor man bei uns auf der Gemeinde ein solches Problem erkennt und ernst nimmt. Es wunderte mich ein wenig, dass man jetzt gerade bereit ist, 35' bis 40'000 Franken für die Behebung dieser Lärmbelästigung ausgeben will, nachdem die Gemeindeverwaltung im letzten Jahr der Securitas sagte, sie dürfen gemäss Gemeindeverwaltung nicht mehr ausrücken, da es sowieso nichts bringt und nur viel Kosten verursachen würde. Aber ich finde es gut, dass man jetzt bereit ist, etwas zu unternehmen und dieses Problem ernst nimmt und anerkannt hat. Was mir in der Beantwortung meines Postulats noch etwas fehlt, ist, dass man aufgezeigt hätte, wie viel ein Hag ringsum dieses Schulhauses kosten würde. Ich gehe davon aus, dass man mit den veranschlagten Kosten der nächsten zwei Jahre vermutlich auch einen Zaun ringsum finanziert hätte. Wir sind aber natürlich auch der Meinung, dass es besser und schöner ist, wenn man eine Lösung zu diesem Problem findet, ohne dass man einen hässlichen Zaun um das schöne Schulhaus herum bauen muss. Betreffend Drogen, Vandalismus etc. und Polizeiverantwortlichkeit gehe ich mal davon aus, dass die Ausführungen von Philippe Hofmann sicher richtig sind. Wir sind von der SVP sind sowieso nach wie vor der Meinung, dass für die grösste Gemeinde des Baselbiets mit 21'000 Einwohnern ein Polizeiposten, der nur Büroöffnungszeiten hat, nicht das Richtige ist. Aber das ist ein anderes Thema. Soweit ist für mich oder für uns die Beantwortung dieses Postulats eigentlich okay, auch die zu treffenden Massnahmen. Aber jetzt habe ich ein ganz

---

anderes Problem, weil du, Philippe Hofmann, hast das Postulat am 18. März 2020 beantwortet und an uns versandt. Uns die Massnahmen aufgezeigt, die ihr einführen möchtet und ihr vorkehren werdet, u.a. Bewachung Freitag bis Sonntagabend und, und, und. Jedoch habe ich jetzt mitbekommen, dass der Bereichsleiter, Herr Thoma, zusammen mit Andreas Meyer und dem Vertreter der Anwohnerschaft Schulgartenhof am 17. April ein Gespräch führten, u.a. mit ihm und den Anwohnern Massnahmen besprochen und festgehalten haben, die deinem Bericht komplett widersprechen und überhaupt nichts damit zu tun hat, was du in deinem Postulat beantwortest. Hier steht, nebst dem, dass die Fussballtore, die aus Metall sind, mit diesem Material abgedeckt werden sollen, dass irgendwie abschliessbare Basketballkörbe hinkommen sollen. Aber auch steht drin: „Auf eine zusätzliche Überwachung resp. Revierdienst der Securitas in den Abendstunden wird verzichtet.“ Also ich muss mich schon fragen, was zählt denn nun, das, was du in deiner Beantwortung schreibst oder das, was Herr Thoma zusammen mit Herrn Meyer nebenher noch stricken? Nachdem ich weiss, was hier ablief und sich widerspricht, bin ich ganz klar der Meinung, dass das Postulat so nicht als erledigt abgeschrieben werden kann. Sondern dass ihr noch eine zweite Runde machen oder mal erklären könnt, was jetzt überhaupt eintreffen wird, was ihr überhaupt machen wollt. Welche Massnahmen werdet ihr ergreifen und was ist nun das, was zählt?

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Besten Dank für die Voten hier, geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Das mit den Zaunkosten, ja, das fehlt, ganz klar, denn ein Zaun kam für den Gemeinderat zu keiner Sekunde in Frage. Einen so drastischen Einschnitt, der einmal nötig gewesen wäre, haben wir ziemlich konsequent ausgeblendet. Wir hatten zwei Varianten zum Diskutieren. Wie gesagt wurde, wollen wir diesen Zaun rundherum bauen, eine drastische, teure Massnahme, oder eben auch einen Überwachungsdienst am Wochenende, an denen man dann diesen öfter aufbieten könnte, was verhältnismässiger ist und auch zweckmässiger. Daher haben wir uns fürs Zweite entschieden und dies dann dementsprechend erläutern. Übrigens ist dieser Bewachungsdienst bereits im Einsatz, allerdings aufgrund dieser Corona-Geschichte halt in anderer Form, als wir das ursprünglich geplant hatten. Jetzt aber zu all diesen Feststellungen. Richtig, am 17. April hat tatsächlich ein Gespräch stattgefunden, das ist klar. Du hast auch richtigerweise festgestellt, dass dieser Bericht schon älter ist in der Schreibung. D.h. in diesem Fall ist die Realität die Aktualität überholt hat, was da ist. Tatsächlich gibt es verschiedene Sachen, worüber wir mit den Anwohnern im Gespräch sind. Das ist so. Es hat sich akzentuiert, dass diese Geschichten, die im Postulat erwähnt sind, sich nicht immer genau mit Aussagen der Anwohner, die dort waren, decken. Selbstverständlich suchen wir nun zuallererst einmal das Gespräch. Wir wollen bei den Anwohnern sicher herausfinden, wo genau der Schuh drückt, was genau ist der Punkt. Dann gleichen wir das mit dem ab, was im Postulat von dir, Patrick, vorgebracht wurde. Welche Massnahmen schlussendlich dann greifen und zählen werden? Wir haben sicher mal diese aufgezählt, die wir jetzt haben. Nämlich eben jene mit dem Überwachungsdienst, den wir sicher machen werden. Das war der Stand bevor wir dieses Gespräch hatten und bevor wir weitere Massnahmen oder flankierende Massnahmen mit den Anwohnern in Kraft setzen. Weil einerseits ist die Frage, die du gestellt hast als Bindeglied, sage ich mal, und das andere sind natürlich Ergebnisse oder Erkenntnisse, man muss es besser Erkenntnisse nennen, aus den direkten Gesprächen, mit den direkten Anwohnern, die uns dann Auskunft gaben, was für sie denn das wirklich grosse Problem ist. Es ist richtig, dass das wahrscheinlich nicht der letzte Bericht war, sondern es gibt auch noch die Möglichkeit, dass der Gemeinderat selber von sich aus informieren kann. Das ist jetzt eine laufende, vorhandene Sache. Zu genauen abschliessenden Dingen kann ich noch keine Auskunft geben, weil wir dies auch zuerst einmal evaluieren müssen, was ist möglich, was ist machbar und zu welchem Preis kann das Ganze umgesetzt werden. Somit gilt eigentlich das, was hier geschrieben steht. Wir halten uns daran fest. Wie sich die ganze Geschichte entwickelt, steht selbstverständlich unter Beobachtung und der Einwohnerrat wird davon erfahren, wenn es etwas zu sagen gibt.

**Florian Spiegel**, Präsident: Somit ist die allgemeine Beratung eröffnet.

**Martin Münch**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es gibt Lärmbelästigungen, das ist richtig. Die werden auch immer an uns als Schule herangetragen. Es sind immer drei bis vier Nachbarn, die es stört. Ein Problem der Lärmbelästigung sind die Lärmwerte, die zählen. Für diese Anlage hier ist für Sportanlagen und nicht für Schulhäuser. Ich weiss nicht, weshalb der Kanton nicht jenen für Schulhäuser, sondern eigentlich für Sportanlagen anwendet. Die sind natürlich viel tiefer. Das ist eine Schulanlage, auf der Kinder auch spielen wollen, wo Freiraum vorhanden ist, wo - Etienne hat es vorher gesagt mit dem Bettenackerareal - auf dem es jetzt auch die Möglichkeit gibt, sich darauf zu bewegen. Das ist einer der anderen wenigen Orte, auf denen noch eine grosse Fläche da ist, wo man sich aufhalten kann. Es wurden auch aufgrund der Lärmbelästigungen die Basketballkörbe abmontiert, jetzt zur Coronazeit. Die sind jetzt weg, damit man dieses Prellen nicht mehr die ganze Zeit hört. Die Goals wurden hinten mit Eisen versehen, weil uns jemand das Netz zerschnitten hatte. Man findet in den Gebüsch so Dreizacke. Wir wissen nicht, wer es reinschmeisst. Wir haben Vermutungen. Das sind alles so Sachen, die uns natürlich auch stören. Deshalb begrüssen wir ganz stark den Weg,

---

welcher der Gemeinderat nun geht, er nähme das Gespräch mit den Beteiligten das Gespräch auf. Ich glaube, das ist der einzige Weg, auf dem wir wirklich eine Lösung finden. Wir müssen gemeinsam schauen, wie wir mit dieser Situation umgehen können. Ein Schulhaus generiert Lärm. Das ist ein Ort, wo sich Kinder auch nach Schulschluss noch aufhalten wollen und halt auch am Samstagabend um 22 Uhr noch rumhängen und weiss nicht was machen. Ich weiss es nicht, ich ging noch nie nachschauen. Aber begrüsse wirklich den Ansatz jetzt, dass man das Gespräch sucht, Lösungen findet, Massnahmen diskutiert und dann uns, dem Einwohnerrat, wieder berichtet. Dankeschön.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Ich bin nun doch ein bisschen verwirrt. Wir haben die Beantwortung eines Postulats erhalten. Da stehen Massnahmen drin. Jetzt heisst es nachträglich, dass das doch nicht diese Massnahmen sind, man habe doch andere Gespräche geführt, dann macht man es doch. Dann sollen die Körbe abgeschlossen werden und dann doch nicht. Ausserdem geht es nicht um die Zeit während der Schule, sondern nach der Schule, dass dann der ganze Lärm entsteht. Wieso hat uns denn der Gemeinderat nicht vor der Sitzung noch informiert, dass da noch weitere Gespräche im Gange sind? Wäre das denn, wenn wir dieses Protokoll nicht erhalten hätten, einfach schnell durchgegangen? Finde ich sonderbar. Für mich ist klar, dass dieses Postulat so in dieser Form einfach nicht beantwortet ist. Dass das klar zurück zum Gemeinderat gehört. Dankeschön.

**Patrick Kneubühler**, SVP-Fraktion: Ja, nur noch mal schnell. Ich bin auch der Meinung, dass es richtig ist, dass man mit diesen Anwohnern das Gespräch sucht und schaut, dass man eine Einigung findet. Aber ich finde es ein bisschen schwach und traurig, dass man zwei Jahre benötigte für diese Gespräche. Ihr habt nun zwei Jahre lang nichts getan. Das ist das Problem.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, sehr verehrter Präsident. Sie müssen sich einfach bewusst sein, an den Gemeinderat herangetragen wurden von zwei, drei Leuten sog. Lärmklagen. Ich glaube es ist richtig, wenn der Gemeinderat nicht gleich sofort die grössten Massnahmen ergreift bei einer Schulanlage, wenn er von zwei, drei Leuten hört, dass sie sich ab dem Lärm gestört fühlen. Deshalb sind wir dieser Sache ein bisschen geruhsam herangetreten. Dann kam dieses Postulat und nach dessen Beantwortung eskalierte die Situation vor Ort beinahe. Ich glaube, ich kann das so richtig sagen, Martin Münch, nach den Ausführungen, die du vorher gemacht hast, was da draussen alles vorgefallen war, ist es auch richtig, dass der Gemeinderat nachher seitens der Verwaltung schaute, dass das Gespräch wirklich intensiv gesucht wird. Das wurde auch getan und man hat verschiedene, weitergehende Massnahmen ausdiskutiert, resp. im gemeinsamen Einvernehmen mal aufgleist. Und nun bitte ich Philippe, diese noch einmal konkret zu schildern.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Also. Im Postulat steht klar, dass der Gemeinderat beschlossen hat, ab 2020 als zusätzliche Massnahme die Überwachungsfirma, April / September, ich habe es vorher schon ausgeführt, zu beauftragen. Das ist die Massnahme, die wir beschlossen haben, und die wird umgesetzt. Das ist klar. Ich weiss nicht, was daran undeutlich ist. Was jetzt weiterhin noch läuft, das ist jetzt eine vorhandene, fortlaufende Geschichte. Ich kann den Einwohnerrat nicht vor der Einwohnerratssitzung über etwas informieren, das noch in Gang ist, worüber ich abschliessend gar nicht weiss, was genau bei diesen Gesprächen herauskam, weil sie noch nicht abgeschlossen sind. Die sind jetzt gerade noch in Gang. Das mit den Basketballkörben ist ein weiteres Zugeständnis, das wir so als Sofortmassnahme gemacht haben. Nicht mehr und nicht weniger, sondern einfach aus pragmatischem Handeln haben wir gemerkt, eben im Gespräch mit den Anwohnern, dass eben genau diese Prellerei durch den Basketball wahrscheinlich der Kern des Übels ist. Wir haben uns überlegt, was können wir machen. Nun haben wir einfach mal diese Basketballkörbe abgeschraubt. Das war das Schnellstmögliche. Wir werden eine Lösung finden, was wir mit diesen Basketballkörben machen können, damit wir sie irgendwie so ausrüsten können, damit man sie zu den unerwünschten Zeiten nicht bespielen kann. Das haben wir mit den Anwohnern kommuniziert, und auf diese Lösung warte ich nun, warte darauf, welche Kommentare dazu kommen. Ich habe sie schlichtweg noch nicht, ich weiss noch nicht genau, wie die Reaktionen sind, wir müssen sie zuerst einmal sammeln. Wir werden mal schauen, was die Anwohner dazu sagen, ob sie dies begrüssen oder nicht begrüssen. Und zum anderen, muss ich auch einfach ganz klar sagen, wenn das drei, vier Leute sind, dann nehmen wir das zur Kenntnis. Aber es handelt sich hier bei 21'000 Leuten um Partikularinteresse. Das muss man immer ganz klar im Raum stehen lassen. Wir nehmen es Ernst. Wir lassen es mal hier. Lärmklagen gehen bei der Polizei und der Securitas sehr viele ein. Wir können nicht gleich immer Phase Rot erkläre, wenn eine Lärmklage da ist. Aber einfach zwei Jahre lang nichts getan, d.h. wir haben situativ gehandelt, jetzt, haben abgewartet und das Richtige gemacht, wenn es nötig war. Das ist meine Meinung dieser ganzen Umsetzung. Denn, wenn ich jetzt höre, dass Goalnetze zerschnitten werden, dass Dreizacke - was auch immer ich mir darunter vorstellen muss - im Gebüsch liegen und gewisse Situationen wahrscheinlich eskalierten, dann erhält die ganze Sache eine ganz andere Dimension. Dann hört aber bei mir der Spass auf. Dann geht es nicht um Lärm, dann geht es um versuchte Körperverletzung und andere Sachen. Dann bin ich auch nicht für

---

Konzessionen bereit, null. Wir müssen dann genau hinschauen, was da genau passiert ist. Ich würde es nicht eskalieren lassen. Ich würde einfach sagen, wir haben aufgrund der geschehenen Vorfälle das Gespräch gesucht, wir haben herausgefunden, Basketballlärm ist ein grosses Problem, also Körbe weg. Corona hat uns ein bisschen geholfen, dass sowieso nicht sehr viele draussen waren. Jedenfalls nicht auf dem Platz am Basketballspielen. Wir werden jetzt schauen, was wir weiter noch tun können, wir sind weiterhin mit den Leuten im Gespräch, wir werden fragen, wir werden Antworten erhalten, wir werden diese auswerten, wir werden schauen, was wir machen können, wir werden Einwohnerrat informieren. Sicher ist, der vorhandene Dienst wird gemacht. Denn das Postulat beinhaltet nämlich noch etwas ganz anderes, wozu ich auch noch die Antwort geben kann, nämlich zu den Massnahmen gegen den Drogenhandel und Vandalismus. Notabene von den dortigen Anwohnern in den Gesprächen in keiner Silbe erwähnt. Trotzdem, einfach damit es noch einmal gesagt ist. Verhinderung und Verfolgung von Drogenkonsum und Drogenhandel liegt grundsätzlich in der Kompetenz der Kantonspolizei. Gemeindepolizei hat hier eine subsidiäre Aufgabe in der Prävention. Zur Feststellung muss sie aber immer die Kapo beiziehen. Gezielte Einsätze im Bereich Drogen, das ist ganz klar, ist der kantonalen Drogenfahndung vorbehalten. Was wir machten: Wir haben im Gemeinderat so beraten, dass wir den Postenchef der Allschwiler Kantonspolizei schriftlich auf das Problem aufmerksam machen, das ist natürlich so erfolgt. Daraufhin wurden gewisse Hotspots inkl. Schulhaus aber auch viele andere von der Polizei häufiger frequentiert. Zudem ist der Gemeinderat weiterhin der Meinung, deshalb auch diese Massnahme, dass die Problematik mit diesem Bewachungsdienst ernsthaft entschärft werden kann.

**Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion:** Ich finde es gut, dass das Thema mit diesem Postulat aufgegriffen wurde. Aber ich glaube nicht, dass das Problem mit dem Stehenlassen des Postulats gelöst werden kann. Ich nehme wahr, dass der Gemeinderat sich sehr ernsthaft mit dieser Sache auseinandersetzt, das gefällt mir. Ich möchte einfach noch eine Erfahrung beisteuern, die ich gemacht habe, in diesem Sinne, dass diese Probleme nicht verschwinden, wenn das Quartier das Schulhaus nicht als ihr Schulhaus sieht, wofür sie etwas tun und wofür sie etwas leisten, damit das auch ein guter Ort ist für das ganze Quartier. Ich habe in diesem Sinne sehr viele Prozesse erleben dürfen, bei welchen auch Schwierigkeiten auftraten und bei denen dann, dadurch, dass man erreicht hat, dass die Bevölkerung rundherum von Jung bis Alt das Schulhaus als ihren Ort angeschaut haben, wurde es viel besser. Dankeschön für die Aufmerksamkeit.

**Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion:** Ich habe noch eine kurze Verständnisfrage oder Nachfrage. In den Ausführungen hiess es, dass nachdem das Postulat beantwortet wurde, sei es eskaliert. Mich würde interessieren, ob man weiss, weshalb es eskalierte und die zweite Frage ist: Wie viele Gespräche hat man denn mit diesen Leuten geführt, bevor man das Postulat beantwortete?

**Philippe Hofmann, Gemeinderat:** Wie viele Gespräche es waren, kann ich jetzt nicht aus dem Stegreif einfach sagen. Das war mehr als eines. Was die Eskalation betrifft, das habe ich heute Abend so verdeutlicht zum ersten Mal gehört. Ich werde dies mitnehmen und werde noch einmal nachfragen, um herauszufinden, wie viele Gespräche es waren und was genau mit der Eskalation gemeint ist. Ich habe es vorher schon angedeutet, es wird wahrscheinlich nicht das letzte Mal, dass wir hier informieren werden. Ihr werdet die Informationen dazu dann erhalten, wenn sie spruchreif sind.

**Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin:** Ich habe das ja vorher eingebracht mit der Thematik und ich habe gesagt, es ist beinahe eskaliert. Darunter verstehe ich einfach, dass immer mehr Vorfälle an die Schule herangetragen wurden, so wie eben vom Netz zerschneiden, von Dreizacken hinlegen, von weiteren Dingen, von denen ich sagen muss, die können wir nicht einfach stehen lassen, da müssen wir etwas unternehmen. Deshalb wurden denn auch diese Gespräche intensiviert, resp. man versuchte mit den Nachbarn nach einer Lösung zu suchen.

**Patrick Kneubühler, SVP-Fraktion:** Nur noch schnell von meinem Punkt her. Also, wenn es so ist, dass du zur Beantwortung des Postulatberichts zu den Massnahmen, die du in der Beantwortung aufgeführt hast, stehst und sie so umgesetzt werden, dann habe ich damit kein Problem. Dann kann ich dieses Postulat als abgeschrieben betrachten. Es war mir nur nicht klar, was greift, dieses Schreiben des Bereichsleiters Cemi Thoma mit Andreas Meyer oder das, was du in deiner Beantwortung geschrieben hast. Das war für mich unklar.

**Pascale Uccella, AVP-Fraktion:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Also ich muss einfach mal sagen, wir reden hier von drei, vier Personen, welche immer reklamieren. Und dann muss ich auch sagen, sie reklamieren nicht nur abends nach 22 Uhr. Sie reklamieren auch tagsüber, wenn Kinder Schule haben. Das muss man einfach mal deutlich sagen. Dann möchte ich auch mal deutlich sagen, was sich die Schulleitung manchmal alles anhören muss, ist auch nicht wirklich witzig. Immer noch gesagt, wir reden hier von zwei, drei oder vier Personen, die es einfach nicht ertragen, dass wir jetzt hier



---

so ein Schulhaus haben. Das muss man halt einfach auch so sehen. Ich finde es viel schlimmer, was die Schulleitung anhören muss oder auch Kinder, die sich Dinge anhören müssen von erwachsenen Leuten. Dann muss ich einfach sagen, das finde ich auch nicht lustig. Ich bin Gotten froh, und will wirklich dem Gemeinderat Danke sagen, wie er sich hier einsetzt und wie er die Gespräche suchte. Das ist das Wichtigste, dass wir hier bei den Kindern vor allem Ruhe erhalten und dass die Kinder nicht Angst haben vor Nachbarn.

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Ich habe nur schnell eine Verständigungsfrage. Hat man die Gespräche auch mit denen Leuten geführt, die Basketball spielen oder nur mit diesen Nachbarn?

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Wir haben mit den Anwohnern gesprochen. Denn für sie ist es ein Problem wegen des Lärms, nicht für jene, die Basketball spielen. Diese haben wir nicht an den Tisch gebeten.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich glaube diese Diskussion zeigt, dieses Thema gehört schlicht nicht hier hin. Das ist eine Auseinandersetzung zwischen der Gemeinde als Grundeigentümer und Betreiber einer Anlage und Nachbarn. Das ist eine zivilrechtliche Geschichte. Das ist nichts Politisches. Das gehört allenfalls vor den Richter oder von mir aus soll der Kanton auf umweltschutzrechtlichem Weg sich damit befassen. Aber wir sind nicht das geeignete Gremium, um uns in diesen Konflikt einzuschalten.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Das sehe ich jetzt nicht so ganz. Es geht ja nicht nur um diese Lärmklage, dass zwei, drei Nachbarn sich beklagt haben, es sei laut. Weil laut ist es. Wir haben Vandalismus an diesem Gebäude, wir hatten Drogendelikte bei diesem Gebäude, wir hatten sogar Verfolgungsjagd mit der Polizei von diesem Gebäude aus über die Binningerstrasse. Das hat nichts mit der Lärmklage an und für sich zu tun. Das hat damit zu tun, dass wir hier einen Brandherd haben, wofür wir eine Lösung finden müssen. Das können wir hier machen und nicht der Richter mit den Nachbarn und den Gemeinderäten zusammen.

**Florian Spiegel**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage somit den Rat an, ob artikel- oder abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit stelle ich fest, dass die Beratung über das Geschäft 4471 A abgeschlossen ist. Wir kommen zur Abstimmung zu den Anträgen des Gemeinderates auf Seite 6 des Berichts.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:  
1. Das Postulat Geschäft 4471 von Patrick Kneubühler, SVP-Fraktion, wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Sie haben diesem Antrag grossmehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Schlussabstimmung:

://:

Diesem Geschäft wurde als Ganzes ebenfalls grossmehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

01.030

Einwohnerrat

### **Traktandum 8**

Bericht des Gemeinderates vom 19.02.2020, zum Postulat von Pascale Uccella, AVP, vom 08.01.2020, betreffend Temporäre Sofortmassnahme Verkehrsregime Baslerstrasse Lindenplatz  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4505 / A

---

**Florian Spiegel**, Präsident: Die antragstellende Person hat zuerst das Wort.

**Pascale Uccella**, AVP-Fraktion: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte ein grosses, herzliches Dankeschön an die Gemeinderäte senden, was sie mit dem Kanton so etwas von schnell

---

umgesetzt haben. Ich muss sagen, ich war so richtiggehend überrascht, ich hatte so eine Freude, zwei Wochen später ging ich aus der Haustüre raus und habe in meinem Leben noch nie so viele 30er-Schilder gesehen in einer einzigen Strasse. Ich glaube, der Kanton hat sich richtiggehend verwirklicht. Lustigerweise, auch wenn wir diese 30er-Zone haben, also ich muss auch noch den Dank der Bevölkerung übermitteln, ich habe viele Dankeschöns erhalten und ganz viele Telefonate, dass die Bevölkerung grosse Freude hat. Vielleicht ist doch ein bisschen ein Zeichen, dass man das anschaut, wie eine 30er-Zone in den Quartieren wichtig wäre. Es wurde alles sehr viel ruhiger. Wir haben weniger Raser - sie sind nicht ganz weg, wir haben sie immer noch. Wir haben auch gesehen, dass sogar die Gemeindepolizei extrem oft Bussen für Temposünder ausspricht. Es gibt sogar viele Leute, die dort wohnen und selber eine Busse einfahren. Tja, auch die müssen es lernen. Aber, was ganz lustig ist, ich habe immer wieder gehört, ja so viel Temposünder hat es nicht. Ja, klar, wenn man natürlich zwischen 14 und 15 Uhr am Nachmittag Tempomessungen macht, ist mir klar, dass wir nicht so viele haben. Sollen doch mal zwischen 17 und 19 Uhr abends gehen, weil dann wären es ein bisschen mehr. Gut, was man auch sagen muss, es ist natürlich auch diese Corona-Zeit, da waren viele Leute zu Hause. Wir hatten auch von daher auch die französischen Nachbarn, die nicht durchgefahren sind. Aber ich möchte mich ganz herzlich bedanken. Ich sehe, es kam bei der Bevölkerung sehr gut an. Ich finde es toll, dass wir das so schnell umsetzen konnten. Ich finde es auch toll, dass wir dadurch auch weniger Verkehr haben. Dankeschön vielmals an den Gemeinderat.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Besten Dank. Dankeschön für den Dank, ich werde ihn gerne weitergeben an die entsprechende Stelle. Viel mehr kann man dazu nicht sagen. Merci.

**Florian Spiegel**, Präsident: Somit wäre die allgemeine Beratung eröffnet. Ich stelle fest, es hat keine Wortmeldungen. Ich frage den Einwohnerrat an, ob zusätzlich artikel- oder abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. Das scheint ebenfalls nicht der Fall zu sein. Die Beratung über das Geschäft 4505 A ist damit abgeschlossen. Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates auf Seite 4 des Berichts.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:  
1. Das Postulat 4505 von Pascale Uccella, AVP, wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Sie haben diesem Antrag einstimmig zugestimmt.

://:

Sie haben dem ganzen Geschäft ebenfalls einstimmig zugestimmt.

**Florian Spiegel**, Präsident: Wir machen vom Ablauf her jetzt noch mit zwei Interpellationen weiter und werden anschliessend die Fragestunde durchführen und die Beantwortung der dringenden Interpellation, damit sich die Leute ein bisschen einrichten können, vor allem die, welche nun noch unbedingt auf die Toilette müssen, weil der eine oder andere bereits hinausgerannt ist, weil es ja keine Pause gibt.

01.030

Einwohnerrat

### **Traktandum 9**

Interpellation von Melina Schellenberg und Jean-Jacques Winter,  
SP-Fraktion, vom 03.12.2019, betreffend  
Eröffnung einer Bücherkabine/eines Bücherschranks  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4501

---

**Florian Spiegel**, Präsident: Die Interpellantin hat zuerst das Wort. Sie gibt es weiter an Christoph Morat.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Die Antworten auf die Interpellation des Gemeinderats sind eigentlich im grossen Stil zustimmend. Also auch der Gemeinderat sieht im Projekt Neugestaltung Lindenplatz einen idealen Standort für so eine Bücherkabine oder Bücherschrank. Wo genau dieser dann platziert wird, müssen wir dann festlegen, wenn die ganze Möblierung im weiteren Projekt, das ja hoffentlich umgesetzt wird, geplant wird und im Rahmen dieser Planungen kann man auch den genauen Standort feststellen. Die zweite Frage war: „Welche

---

Rahmenvorgaben müssen aus Sicht des Gemeinderates an diesem Ort und allgemein für eine Umsetzung beachtet werden?“ Also der Gemeinderat stellt sich vor, dass man einen fertigen Bücherschrank kauft, es gibt Firmen, die bereits eine Marktlücke entdeckt haben. Wir würden jetzt dort mal einen Vorschlag machen, damit wir ein passendes Modell der Firma Box04 haben, diese hat ein Fassungsvermögen von 220 Bücher, die Abmessungen sind 1,95 m gross und 55 x 55 cm. Also ist schon ein anständiges Teil. Kosten würde so was ca. 7'000 Franken, ich gehe davon aus, da ist die Montage mit dabei. Diese Kosten werden wir natürlich im Rahmen der Budgetphase 21 evaluieren. Vielleicht haben sie dann aber auch noch im Projekt Umbau und Sanierung Lindenplatz finanziell Platz. Die dritte Frage: „Welche weiteren Standorte in Allschwil erachtet der Gemeinderat als dafür geeignet, diese Idee umzusetzen und in welcher Form?“ Der Gemeinderat kann sich das vorstellen z.B. am Dorfplatz auch bei einer allfälligen Umgestaltung beim Freizeithaus, beim Vorplatz der Gemeindeverwaltung, im Wegmattenpark oder auf dem Trämlispielfeld. Auf Privatinitiative wäre auch eine Umsetzung innerhalb eines Quartiers denkbar, z.B. den Vorplatz vor dem Gebäude im Quartierplan Heuwinkel. Dies ist allerdings noch ein bisschen nahe beim Lindenplatz und würde es auch konkurrenzieren. Aber es wurden ja doch noch fünf Plätze genannt. In welchem Rahmen sieht der Gemeinderat eine finanzielle Unterstützung des Projektes in Betracht? Die Umsetzungskosten können im Budget für das Jahr 2021 aufgenommen werden, also nicht mehr in diesem Jahr. Kann sich der Gemeinderat vorstellen, die Aussenseite der Bücherkabine oder des Bücherschranks den in Allschwil ansässigen IG-Vereinen für Informationsblätter oder Flyer zur Verfügung zu stellen? Erfahrungen aus Basel-Stadt haben gezeigt, dass der Erfolg eines solchen Bücherschranks und auch der Schutz gegen unsachgemässe Nutzung ist vor allem die Einsehbarkeit. Also man muss von aussen sofort sehen können, was liegt da drin, wird da irgendwie Altpapier entsorgt oder sind es tatsächlich Bücher, die weitergegeben werden können. Für Vereine und Veranstaltungen gibt es ja bereits verschiedene Publikationsmöglichkeiten in Allschwil. Je nach Umsetzungskonzept könnte man sich vorstellen, dass die Rückseite, von der man nicht in diesen Bücherschrank hineinsieht, allenfalls für Mitteilungen von Vereinen benutzt werden könnte. Aber eigentlich eher nicht, sondern es soll wirklich auch sichtbar gemacht werden, dass das etwas Unterhaltendes wird. Das wären die Ausführungen zu dieser Interpellation.

**Florian Spiegel**, Präsident: Ich frage die Interpellantin an, ob sie mit der Beantwortung der Interpellation zufrieden ist.

**Melina Schellenberg**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich danke sehr herzlich für diese Antwort und freue mich darüber, dass sie so positiv ausfällt und freue mich auch sehr über die vielen Vorschläge für weitere Kabinen. Das Bedürfnis nach so einer Bücherkabine ist garantiert gegeben. Man sieht das auch an den bestehenden Bücherkabinen. Wir waren mit Personen, die bestehende Bücherkabinen betreuen, in Kontakt. Besonders mit der Gruppe vom Steinbühlmätteli und vom Bundesplatz. In diesen Gesprächen erhielten wir auch viele wertvolle Hinweise für die Umsetzung. Zur Umsetzung in Allschwil kann ich mit Freude sagen, dass wir von zwei Allschwiler Vereinen die Zusage haben, dass sie sich der Betreuung der Kabinen annehmen werden. Ich möchte mich an dieser Stelle sehr herzlich für das Engagement beim Kulturverein und beim Kunstverein bedanken. Ich darf an dieser Stelle auch im Namen von Jean-Jacques sagen, dass es in diesen Vereinen nicht nur Kunstschaffende gibt, sondern auch Lesende, und dass eben auch von dieser Seite her das Interesse für so eine Bücherstelle sehr stark signalisiert wurde. Aus dieser Reihe wird eine Gruppe formiert, die dann eben auch bei der Betreuung der Bücherkabine mithelfen wird. Im Gespräch mit anderen Gruppierungen, die bereits bestehen, haben wir mitbekommen, dass sich ein System etabliert hat. Dass es jeweils Zweierteams gibt, die einen Monat lang die Betreuung übernehmen und die gehen dann mindestens einmal pro Woche hin, um zum Rechten zu schauen, für Ordnung zu sorgen und zu sortieren oder um Bücher auszutauschen. Zum Punkt Vandalismus, der angesprochen wurde: Bei kleineren Dingen kann das sicher auch diese Gruppe beheben, bei grösseren müsste man schauen, welche Instanz man einschaltet. Auf jeden Fall wird es sich sicher noch zeigen, ob sich dieses System mit diesen Zweierteams auch in Allschwil etablieren wird. Zur Beantwortung der letzten Frage: Es ist eben noch sehr vage, ob es möglich ist, bei den Aussenseiten Informationsblätter oder Flyer anzubringen. Ich denke auf der Rückseite wäre es sicher möglich auch mit Einsehbarkeit. Es wird sich sicher bei der Umsetzung zeigen, ob die Gruppe, die sich für die Instandhaltung einsetzen wird, auch darauf ein Auge haben können. Das wird sich zeigen. Besten Dank.

**Florian Spiegel**, Präsident: Die Diskussion findet statt, wenn kein Gegenantrag vorliegt. Das ist nicht der Fall. Somit wäre es auch anderen offen, sich dazu zu äussern oder zu fragen.

**Kathrin Gürtler**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und Kollegen. Wir von der FDP-Fraktion begrüssen Bücherkabinen und Bücherschränke. Allerdings sehen wir dabei keine Staatsaufgabe, sondern unterstützen das, was auf privater Basis entsteht. Das kann man dann auch ein wenig fördern. In diesem Postulat wurde gesagt, es gäbe in Allschwil keinen Bücherschrank. Es besteht

---

an der unteren Kirchgasse ein gut funktionierender Bücherschrank und somit ist der Dorfplatz bereits abgedeckt.

**Florian Spiegel**, Präsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit gilt diese Interpellation als beantwortet. Es folgt keine Abstimmung.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 10**

Interpellation von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 16.01.2020,  
betreffend Bildungserfolg für alle?!  
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4504 / A

---

**Florian Spiegel**, Präsident: Das Wort hat zuerst der Interpellant, wenn er das wünscht.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Okay, erstens danke ich mal für die rasche Beantwortung, zweitens für die faktenbasierte Beantwortung, die ist sehr professionell. Die Elemente, die hier angeschaut wurden im Hinblick auf den Schulerfolg, das trifft voll zu. Ein bisschen erstaunt war ich, dass mit diesen genannten 26 % aufgrund der Untersuchung von Kindern, die die Voraussetzungen nicht erfüllen, um wirklich Schulerfolg zu haben, höher sind, als ich angenommen hatte. Meine Annahmen basieren auf Untersuchungen, die mit Schulabgänger gemacht wurden. Ich sage es einfach noch einmal, weil es noch nicht im Bewusstsein der Leute ist, wir haben 20 % der Schulabgänger, also das sind Jugendliche, die neun Jahre obligatorische Schulzeit hinter sich haben und hundert Tausende von Franken gekostet haben. Diese 20 % können nicht so lesen, rechnen und schreiben, dass sie einen beruflichen Erfolg erleben. Das ist in der Schweiz eine Tatsache. Deshalb bin ich eigentlich nicht zufrieden mit dem Schluss, der der Gemeinderat bei der Beantwortung der Interpellation zieht. Dass er sagt, es gibt in Allschwil dies und es gibt in Allschwil jenes und das sei genug, wir machen nicht mehr. Meine Erfahrung ist die, dass die Gemeinden, die aktiv werden, den Schulerfolg der Kinder sehr verbessern können. Ich habe einige Gemeinden in solchen Dingen begleitet und die Lehrerschaft im Kindergarten und vor allem in der Primarstufe haben wirklich nachher festgestellt, das ist jetzt wie Tag und Nacht, um mit den Kindern zu arbeiten, wenn die wirklich fit sind. Wie sie in dem Sinne, wie hier Punkte aufgeführt sind, gut nachkommen und die Sachen anpacken, Fragen bearbeiten können und mit Erfolg die Schule abschliessen. Danke.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Damen und Herren, lieber Ueli. Es ist klar, dass du mit dieser Antwort resp. mit der Feststellung nicht glücklich bist. Ich denke, das war für mich nicht anders zu erwarten. 26 % der Kindergartenkinder erfüllen mindestens ein Kriterium dieser sog. Reifekriterien nicht. Aber das ist nicht bezogen auf das Ende der Kindergartenzeit, sondern das ist bezogen auf den Eintritt des Kindes, das in den Kindergarten geht. Dann meine ich, muss man sich vor Augen führen, die Kinder gehen ja wegen etwas in den Kindergarten, nämlich damit sie dort etwas lernen und in ihren Reifekriterien weiterwachsen. Das ist die Idee. Ich denke, du kannst deine Schlussfolgerungen sicher so ziehen, wenn es am Ende auch noch so wäre. Aber hier ist es bezogen auf diese Kinder, die neu eintreten, dass diese nicht alle Reifekriterien erfüllen. Deshalb denke ich, ist auch der Schluss, der der Gemeinderat gezogen hat, wiederum richtig. Wir haben verschiedene Einrichtungen, die diesen Kindern zur Verfügung stehen sollen, die in diesem Sinne für Vorschulkinder auch da sind. Aus Sicht des Gemeinderates reichen diese Einrichtungen. Vielen Dank.

**Florian Spiegel**, Präsident: Auch hier findet die Diskussion statt, wenn kein Gegenantrag vorliegt, was nicht der Fall ist. Somit dürfen sich jetzt alle zu Wort melden. Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit gilt auch diese Interpellation als beantwortet.

**Christian Kellermann**, 1. Vizepräsident: Nein, Moment schnell, wir haben eine Stimme.

**Martin Münch**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, Dankeschön. Nur kurz, liebe Kolleginnen und Kollegen. Diese 26 % tönen vielleicht ein bisschen erschreckend. Aber diese Umfrage wurde im Februar gemacht, bezogen auf den August. Also eine eigentliche Erinnerung der Lehrpersonen, welche die Erstklasskinder beurteilt haben. Das ist nicht eine Statistik oder Studie, bei der man diese Zahlen für bare Münze nehmen kann. Es ist erst mal ein Richtwert. Man müsste das klar eruieren. Man müsste eine Studie machen, welche Kriterien müssen sie wirklich erfüllen, wie tragen tagsüber keine Windeln mehr, können selbstständig aufs WC gehen etc. Das sind ganz viele Kriterien. Sobald ein Punkt nicht erfüllt

war, fielen sie dann halt in dieses Raster. Man sagt, sie gehören dann schon zu diesen 26 %. Das einfach nur zur Präzisierung. Ich würde diese Zahl nicht mit 1:1 übernehmen. Das ist erst einmal ein Richtwert. Wie Nicole Nüssli-Kaiser gesagt hat, es ist der Wert der Kinder, die am ersten Tag in den Kindergarten kommen. Ab dann geht ja bei uns die Post ab. Dankeschön.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Erfahrungsgemäss geht die Post in die andere Richtung ab bei vielen Kindern. Sie ist abgefahren. Wenn du als Schulleiter, also wenn ich dich als Schulleiter frage, Martin Münch, ob du zufrieden bist, wenn 20 % der Schüler, die die Schule verlassen, nicht genügend rechnen, lesen und schreiben können, dann ...

**Martin Münch**, FDP-Fraktion: Entschuldigung, geschätzter Präsident. Lieber Ueli, das war nicht die Frage. Die Frage war, wer die Reifekriterien nicht erfüllt. Ich teile deine Meinung, es ist nicht zufrieden stellend, wenn 20 % der Kinder, die aus der Schule austreten, nicht lesen, nicht schreiben, nicht rechnen können. Logisch. Aber hier haben wir ja getestet und geschaut, wie reif sind die Kinder, die in den Kindergarten eintreten. Das andere ist dann Sekundarstufe I und da haben wir als Gemeinde sowieso keinen Einfluss.

**Florian Spiegel**, Präsident: Somit sieht es jetzt aus, als ob die Rednerliste erschöpft wäre. Die Interpellation gilt somit als beantwortet und erledigt.

## FRAGESTUNDE

**Florian Spiegel**, Präsident: Wir vom Büro bedanken uns recht herzlich bei allen, die es geschafft haben, ihre Fragen bereits schriftlich einzugeben. Vom Ablauf her würden wir diese schriftlichen Fragen durchgehen, in diesem Sinne, dass Sie ja die Beantwortung bereits erhalten haben. Ich würde die Fragestellenden nur noch fragen, ob sie noch eine Zusatzfrage oder Unklarheit haben, so dass der Gemeinderat nicht noch einmal seine Ausführungen machen muss, wenn nicht nötig.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: **Schule Gartenhof**

1. Wie weit sind die Arbeiten für die Bereinigung der offenen Punkte in der Schule Gartenhof in der Zwischenzeit schon fortgeschritten?

Antwort: Die Beseitigung der baulichen Mängel ist weit fortgeschritten. Neben dem sich anbahnenden Rechtsstreit bezüglich des Sonnenschutzes sind derzeit noch 4 technische Probleme in Arbeit. Alle anderen Mängel der Mängelliste sind erledigt.

Die vier technischen Probleme sind:

Pkt.	785	Türsteuerung Verbindungstüre
Pkt.	947	Gitter Bodenablauf
Pkt.	954	Blasenbildung Duschböden
Pkt.	1030	Feuchtigkeit Wand

Davon unabhängig werden Nachbestellungen in der Spezialkommission diskutiert.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: 2. Wann wird die **Spezialkommission Schule Gartenhof** gemäss Beschluss des Einwohnerrats vom 22.01.2020 zum ersten Mal tagen?

Antwort: Nach dem Beschluss des Einwohnerrats vom 22.01.2020 hat der Gemeinderat am 18. März 2020 eine Spezialkommission aus Personen der Kommissionen für Bauwesen und Umwelt, dem Steuerungsausschuss, der Nutzerschaft und der Abteilung Facility Management beschlossen. Weiter hat der Gemeinderat beschlossen, dass Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli den Vorsitz hat und Gemeinderat Christoph Morat deren Stellvertretung. Mit der Protokollführung hat der Bereich Bau – Raumplanung – Umwelt Frau Mireille Egger, Assistentin Bereich BRU, beauftragt. Weiter hat der Gemeinderat am 18.03.2020 ein Pflichtenheft der Spezialkommission, deren Kompetenzen und die Entschädigungsfrage entschieden.

Folgende Sitzung hat stattgefunden:

1. Sitzung am Montag, 11.05.2020 um 19 Uhr, beim Eingang Schulhaus Gartenhof

Weitere Daten:

Donnerstag, **28.05.2020** um 19.00 Uhr

Donnerstag, **18.06.2020** um 19.00 Uhr

**Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Strategische Ziele 18/28 des Gemeinderats für den Bereich Altersbetreuung in Allschwil**

Wie weit ist der Gemeinderat mit der Ausarbeitung der strategischen Ausrichtung in der Altersbetreuung der Gemeinde Allschwil für die nächsten 10 Jahre?

Antwort: Der Gemeinderat hat die Strategie zur Altersversorgung und -politik in Allschwil erarbeitet und abschliessend formuliert. Er wird diese dem Einwohnerrat anlässlich seiner Sitzung im Juni 2020 mit dem Strategiepapier «Alter in Allschwil» im Rahmen der Beantwortung des ER-Geschäfts 4358 – «Postulat betreffend Strategische Ziele 18/28 des Gemeinderates für den Bereich Altersbetreuung in Allschwil» - zur Kenntnis bringen.

**Florian Spiegel, Präsident:** Herr Bärtsch, sind für Sie die Fragen somit beantwortet oder haben Sie eine Nachfrage?

**Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion:** Nein

**Niklaus Morat, SP-Fraktion: Lohnkürzung 1%**

An der Budgetsitzung des Einwohnerrates vom 8./9. Dezember 2015 beschloss der Einwohnerrat eine Lohnkürzung von 1% für das gesamte Betriebs- und Verwaltungspersonal der Einwohnergemeinde Allschwil. Die Lohnkürzung wurde am 23. Tag nach dem Einwohnerratsentscheid wirksam. Hierzu gab es Lohnklagen von Seiten Personal.

Wie ist der Stand in dieser Sache?

Antwort: Mit dem Urteil vom 10. April 2019 des Kantonsgerichtes Basel-Landschaft wurde das Verfahren abgeschlossen.

**Florian Spiegel, Präsident:** Haben Sie eine Frage?

**Niklaus Morat, SP-Fraktion:** Nein keine Frage. Aber die Beantwortung ist ein bisschen dünn. Ich hätte mir ein paar Ausführungen gewünscht. Aber ich denke über eine kleine Nachfrage nach. Besten Dank.

**Niklaus Morat, SP-Fraktion: Marktkommission / Gemeindeordnung**

Die politischen Parteien in Allschwil bereiten sich momentan intensiv auf die Konstituierungen in diversen Kommissionen, Behörden und Stiftungsräten für die neue Legislatur 2020-2024 vor. Im Zuge dieser Vorbereitungen ist uns klar geworden, dass es die gemeinderätliche Marktkommission nicht mehr gibt. Stattdessen gibt es nun einen „privaten“ Marktverein. Eine Marktkommission sollte es jedoch nach Gemeindeordnung §5 geben. Für eine Änderung der Gemeindeordnung bedarf es einer Volksabstimmung. Da in der Gemeindeordnung auch sonst einige Begrifflichkeiten nicht mehr stimmen, ist eine Revision der GO angebracht.

Ist eine Revision der Gemeindeordnung geplant? Wenn Ja, wann kann damit gerechnet werden?

Antwort: Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass aufgrund der Änderung betreffend Marktkommission und weiterer begrifflichem Anpassungsbedarf eine Revision der Gemeindeordnung an die Hand genommen werden muss. Deshalb kann er sich vorstellen, dies im Jahre 2021 durchzuführen.

**Niklaus Morat, SP-Fraktion:** Die Beantwortung ist in Ordnung.

**Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Sportanlagen und Schulräume, Benützungsvereinbarung / Gebühr**

Über mehrere Monate sind die Sportanlagen und Schulräume in unserem Gemeindebesitz für die Sporttreibenden, Musizierenden, bzw. die Vereine, nicht entsprechend der Benützungsvereinbarung und der einbezahlten Gebühr für das Vereinsleben zur Verfügung gestanden.

Ist hier ein Entgegenkommen für die Vereine vorgesehen? – Rückzahlung der Gebühren, unentgeltliche Benützung nach Wiedereröffnung entsprechend der geschlossenen Dauer?

Antwort: Auf Grund des GR Beschlusses (GRB 337) vom 16.10.2019 müssen Allschwiler Vereine für die saisonale Nutzung keine Gebühren mehr bezahlen, vorgängig getätigte Einzelreservierungen wurden storniert, bereits getätigte Zahlungen wurden/werden fortlaufend zurückerstattet. Für Firmen und Kurse, welche ihre Raum- oder Anlagenmieten bereits im Voraus bezahlt haben, wird der Bereich BRU – Abteilung FM, einen Antrag an den GR erstellen. Dieser beinhaltet eine kostenlose Verlängerung der Mietdauer, entsprechend der Schliessdauer der Anlagen resp. Liegenschaften.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: **Gemeindesaal Gartenhof / Quartiertreff Dürrenmatten**

Diese Orte werden regelmässig für Anlässe von Vereinen, Bürgergemeinde, Firmen, Familien etc. geöffnet. Mit diesen Einnahmen wird auch für die Gemeindekasse gerechnet.

Hinweis: Die Wartung dieser Anlagen muss ja gewährleistet sein (wässern der Sportanlagen, Abfall einsammeln, Routinekontrollen (lüften, Wasser spülen etc) – und der Unterhalt

Mit welchen Einnahmefällen müssen wir hier rechnen?

Antwort: Auf Grund der Nichtnutzung der Liegenschaft entstanden auch weniger Unterhaltskosten (Wasser, Strom, Wärme, Reinigung und Personalaufwände). Entgangene Einnahmen fallen sehr klein aus, da die Liegenschaften in diesem Zeitraum zu 90% durch eigene Schulanlässe (Theater, Singwettbewerb) wie auch Musikschule- Konzerte reserviert waren.

Der ordentliche Aufwand für die Reinigung der Aussenanlagen und Schulplätze hat stark zugenommen, dieser fällt jedoch unter Reinigungsunterhalt der jeweiligen Liegenschaften an und werden nicht als Nutzungsgebühren verrechnet (Ertragskonto – Aufwandkonto).

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: **Pandemiemassnahmen**

Nach diesem Impact durch das Coronavirus wurden ALLE in eine neue Gegenwart gestellt. Damit wir auf allen Ebenen – Politik, Verwaltung – aus dieser Tragödie Schlüsse ziehen können, die auf Zahlen und Fakten basieren, die Frage:

Nimmt der Gemeinderat unseren Wunsch entgegen, die Pandemiemassnahmen so genau wie sinnvoll zu erfassen und uns vorzustellen?

Antwort: Der Gemeinderat wird sich mit der Frage befassen, was für Lehren aus der Coronakrise gezogen werden können. Darauf basierend soll das Pandemiekonzept aus dem Jahre 2009 (Influenzapandemie) angepasst werden. Die bezüglich Corona getroffenen Massnahmen wurden von Beginn der Krise an strukturiert, diskutiert und dokumentiert und daraus entsprechende Entscheide abgeleitet und gefällt. Die Unterschiede zur Influenzapandemie sind aber klar sichtbar, was auch zeigt, dass wir jederzeit flexibel auf kleinere und grössere Ereignisse reagieren können und müssen.

**Florian Spiegel**, Präsident: Es gibt zu allen keine Nachfragen.

**Kathrin Gürtler**, FDP-Fraktion: **Amtsgeheimnis im Notrecht**

Ich hatte aus einem Leserbrief von Herrn Christoph Morat vom guten Jahresabschluss der Gemeinde Allschwil erfahren. Als ich ihn antraf und auf die Information über den Leserbrief ansprach, erfuhr ich von ihm, dass das Amtsgeheimnis per Notrecht aufgehoben sei. Meine offizielle Anfrage an den Gemeinderat ergab, dass dies nicht so sei, das Amtsgeheimnis gelte wie vor dem Coronavirus.

Meine Nachfrage ist: Wie beurteilt der Gemeinderat den Leserbrief von Herrn Christoph Morat, hat er damit gegen das Sitzungs- oder gar Amtsgeheimnis verstossen?

Antwort: Der Gemeinderat kann zurzeit noch nicht sagen, ob gegen das Amtsgeheimnis verstossen wurde. Er hat die Verwaltungsführung beauftragt, diesbezüglich eine Beurteilung durch einen externen Fachmann einzuholen.

**Florian Spiegel**, Präsident: Es gibt dazu ebenfalls keine Anschlussfrage. Gibt es jetzt aus der laufenden Sitzung Fragen? Das scheint nicht der Fall zu sein.

## INFOFENSTER

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Ich habe noch eine Information, die ich gerne weitergeben möchte, wie ich es immer sage, wenn etwas spruchreif ist, kommt es in den Rat. Ihr hattet mal von einer Petition gehört, die ihr gegen den Fluglärm dem Regierungsrat übergeben habt. Wir haben dieser eine Frist gesetzt von drei Monaten. Das wäre im Februar gewesen. Bis dahin haben wir kein Lebenszeichen der Regierung erhalten. Dann kam bald einmal das Coronavirus, dann haben wir keines mehr erwartet. Dann haben wir nachgefragt. Es kam eine lapidare Antwort. Dann habe ich gefragt, nicht mehr so freundlich. Und jetzt haben wir eine vernünftige Antwort, und zwar soll diese Petition am 16. Juni von der Regierung behandelt werden. Am 17. Juni werde ich nachfragen, sollte ich nicht informiert worden sein, was dabei herauskam. Anschliessend, wenn wir Sitzung haben, hoffe ich, dass ich eine Antwort habe, die ich Ihnen geben kann.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Vielleicht in diesem Zusammenhang. Ich weiss nicht, Philippe, ist dir das untergegangen oder du wurdest nicht informiert. Es ist tatsächlich ein Schreiben der Bundesrätin Sommaruga eingegangen. Ich denke in diesem Zusammenhang, die Antwort wird teilweise sicher vor allem Ueli Keller erfreuen, weil drinsteht, erstens bedankt sie sich für das Schreiben in Sachen Fluglärm, unser Anliegen könne sie gut nachvollziehen. „Lärm belastet die Menschen und die Umwelt.“ Deshalb denke ich, vielleicht Ueli in diesem Sinne wenigstens ein bisschen Freude. „Aber die von Ihnen erwähnten Massnahmen zur Reduktion des Lärms im Umfeld von Flughäfen sind derzeit Gegenstand vertiefter Abklärungen. Darin einbezogen werden die betroffenen Beteiligten in der Schweiz und in Frankreich ...“ - ist dann halt wieder die Schwierigkeit für uns, weil es weitere Kreise zieht. Diese Arbeiten seien jetzt noch nicht soweit vorgeschritten, als dass man daraus Schlussfolgerungen und allenfalls Massnahmen ableiten könne. Aus diesem Grund, aber eben auch insbesondere aufgrund der Corona-Pandemie, sähe sie derzeit keine Möglichkeit für eine Sitzung zu diesen Themen. Sie dankt für das Verständnis. Wir werden selbstverständlich nachhaken. Aber ich denke, es ist ebenso erfreulich, dass sich Frau Bundesrätin bei uns gemeldet hat. Ich glaube das ist das erste Mal im Zusammenhang mit dem Flughafen, in dem sich doch ein Bundesrat dazu herleiten liess, der Gemeinde Allschwil zu schreiben. Das wären noch zusätzliche Informationen.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Untergegangen ist es mir nicht, aber es ist mir unters Eis gerutscht, so dass ich tatsächlich hätte informieren können. Aber diese Aussage ist trotzdem lapidar, im ersten Brief von Sommaruga. Deshalb sagen, dass sie nichts macht, wollte ich nicht. Wir werden dranbleiben. Nicole hat es gesagt, wenn sie sich irgendwann einmal dazu bequemt uns einzuladen, bin ich umso erfreuter. Dann berichte ich gerne und hoffentlich ausführlich und hoffentlich positiver.

**Florian Spiegel**, Präsident: Ich gehe davon aus, dass das Infofenster beendet ist. Somit kommen wir zur Beantwortung der dringlichen Interpellation, Geschäft 4518 betreffend Tramgleissanierung Allschwil Dorf, kommen. Dies haben Sie zu Beginn der Sitzung überwiesen. Wem darf ich das Wort geben?

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, liebe Pascale. Die dringliche Interpellation zeigt nur etwas. Wir leben in total unsicheren Zeiten. Was gestern gültig war oder wir als schlimm angenommen hatten, kann tatsächlich noch schlimmer werden. Vielleicht, das weiss man nicht so ganz genau. Die Tramschienensanierung im Dorf wurde tatsächlich notwendig. Man hat schon im 2017 eine Analyse der Trams gemacht und hat bereits damals in der schlechtesten Kategorie, die es für solche Zustandsbewertungen gibt, eingestuft. Dasselbe hat man im 2019 noch einmal gemacht. Der Abschnitt dieser Tramschienen, die man jetzt sanieren muss, beginnt bei der Hegenheimerstrasse und geht ungefähr bis zur Baslerstrasse 33 resp. 32 auf der anderen Seite. Verantwortlich dafür sind der Kanton und die BVB. Die stützen sich auf das Strassengesetz und auf eine Vereinbarung, wer für was zuständig ist. Einfach dies als einleitende Worte dazu. Die Gemeinde Allschwil ist eigentlich nicht mit im Boot. Nichtsdestotrotz haben wir davon erfahren und es interessiert uns natürlich schon, unter welchen Bedingungen solche Reparaturen an den Geleisen gemacht werden können. Wie gesagt, es handelt sich um einen relativ kurzen Teil. Die BVB ist darum bemüht, das jetzt zu machen, wenn das Tram sowieso nicht nach Allschwil fährt. Sie haben gesagt, sie könnten das innert drei Wochen machen. D.h. in drei Wochen sollten die gesamten Arbeiten, die man am Geleise im Dorf, in diesem Abschnitt, den ich vorher genannt habe, machen muss, erledigt werden. Wir sind ständig mit der BVB und dem Kanton in Kontakt, nicht zuletzt auch wegen der Gesamtsanierung der Baslerstrasse. Man hat uns nun auch mittlerweile mitgeteilt, dass wenn man es zu einem späteren Zeitpunkt machen würde, es ca. 12'000 Franken pro Tag kosten würde. Ihr könnt euch alle daran erinnern, was der Busersatz fürs Trämli während der Fasnacht gekostet hat, da lassen wir uns auch jedes Jahr eine schöne Stange Geld kosten. Wenn man das zu einem späteren Zeitpunkt machen würde, ist nicht ganz klar, wer dann solche Kosten allenfalls übernehmen müsste.

Ich komme zu den Fragen im Einzelnen. Frage 1: Inwiefern hat die Gemeinde Allschwil mit dem Kanton und den BVB Kontakt aufgenommen, um eine Verschiebung der Sanierung anzupeilen, z.B. auf die Frühlingferien 2021? Ich denke, ich konnte das gerade eben mit diesen paar technischen Details beantworten. Also der Gemeinderat nimmt sehr wohl wahr, dass das eine zusätzliche Belastung für die Gewerbetreibenden im Dorf. Nicht für alle, denn ein gewisser Teil an Zufahrten ist tatsächlich auch während der Umbaumassnahmen gewährleistet. Es kommt selbstverständlich zu Behinderungen. Das ist nicht anders zu erwarten. Frage 2: Ist der Gemeinderat bereit, den KMU in irgendeiner Form Hilfe zu leisten bei möglichen Umsatzausfällen aufgrund der Sanierung? Wenn ja, in welcher Form? Der Gemeinderat hat sich bis jetzt noch keine Gedanken darüber gemacht, dafür kam diese Interpellation etwas zu schnell. Was klar ist, wir haben bereits mit dem Kanton gesprochen und ein Gesuch gestellt, dass z.B. im Dorf diese verschiedenen Restaurants, die auf den Dorfplatz hin zeigen, dass diese z.B. analog wie es die Regierung in Basel-Stadt beschlossen hat, vermehrt auf die Allmend hinaus gehen



---

können, so dass sie allenfalls ein bisschen von diesem allfälligen Verlust, der vielleicht in diesen drei Wochen zu erwarten ist, wett machen können. Aber wie gesagt, das ist ein Gesuch. Das haben wir schon vor einiger Zeit an den Kanton gesandt aber leider noch keine Antwort erhalten. Wenn jemand allenfalls an Umsatzausfällen beteiligt wäre, dann wäre das so oder so der Kanton, aber der Kanton hat sich eben auch mit dem kantonalen Strassengesetz abgesichert. Da gibt es irgendeinen Passus, dass eine Renovation oder eine Sanierung einer Strasse nicht grundsätzlich zu Ausfallregelungen resp. Ersatzleistungen des Kantons führt. Frage 3: Hat der Gemeinderat die Bedürfnisse der KMU für die bevorstehende Gleissanierung bereits in Erfahrung gebracht? Wir haben diese Bedenken mitbekommen, das war aber eher informell. D.h. es wurden auch schon einzelne Gemeinderäte von verschiedenen Gewerbetreibenden adressiert. Die Fragen waren von grosser Besorgnis - muss das jetzt auch noch sein! Im Moment gehen wir davon aus, dass diese Sanierung so in drei Wochen innerhalb der Gesamtanierung stattfinden wird, wenn diese Intensivphase an der Baslerstrasse sein wird. Also irgendwann im Juli wird es zu dieser Baustelle im Dorf kommen. Aber wir bleiben weiterhin mit den Partnern Kanton und BVB im Gespräch und werden selbstverständlich auch dafür sorgen, dass wir allenfalls bei einer Besprechung oder einer Information an die Gewerbetreibenden oder auch an Anwohnerinnen und Anwohner im Dorf, dabei sein können, und dass die Informationsveranstaltung, die von der BVB vier Wochen vor Beginn in Aussicht gestellt wurde, tatsächlich auch durchgeführt wird und dabei hoffentlich auch alle Fragen beantwortet werden können. Ich glaube nicht, dass wir es schaffen, den Gewerbetreibenden im Dorf alle Ängste, die sie nun nach dieser schweren Zeit im Frühling haben, nehmen können. Wir werden aber ganz bestimmt im Gespräch bleiben.

**Florian Spiegel**, Präsident: Ich frage Frau Uccella an, ob sie mit der Beantwortung zufrieden ist.

**Pascale Uccella**, AVP-Fraktion: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Gemeinderat Morat. Nein, zufrieden bin ich nicht. Also, ich verstehe es. Versteh mich jetzt nicht falsch. Es ist einfach eine sehr schwierige Situation. Ich finde, ich durfte ganz viele Gespräche führen mit Leuten vom Dorf. Ich weiss, wir haben diese Probleme auch am Lindenplatz. Das ist kein Thema. Aber mittlerweile muss ich einfach sagen, mit dieser ganzen Situation, in welcher wir uns befanden oder in welcher das Gewerbe, die KMU sich befanden, die haben Ängste, die haben grosse Ängste. Wenn ich dann von einer BVB und vom Kanton höre, ja wir müssen das jetzt durchziehen, das ist so geplant, und, und, und. Ich finde sowieso, die ganze Planung in Allschwil ist langsam eine Lachnummer, was da gebaut wird. Weil irgendwann werden wir eingesperrt sein, dann können wir gar nirgends mehr raus. Ich verstehe nicht, weshalb jetzt der Kanton - ich verstehe, dass es Geld kostet, ich verstehe, dass man diese Planung gemacht hat - Corona war aber auch nicht geplant und für KMU und Gastronomiegewerbe ist es einfach wirklich sehr, sehr traurig. Ist im Juli schönes Wetter, beginnen sie Geleise raus zu reissen oder bauen. Puuhh, wo sollen denn die Leute sitzen, da geht keiner hin, da gehe ich auch nicht ins Dorf. Das wird auch am Lindenplatz das Problem sein, das ist mir klar. Und das wird auch dort das Problem sein. Aber jetzt, man muss die Leute vielleicht, ich weiss auch nicht, entgegennehmen, anhören, sie haben Angst, sie haben wirklich Existenzangst. Es gibt gewisse, die wirklich kurz vor dem Konkurs stehen. Das muss man einfach sehen. Da hilft niemand. Auch wenn sonst jemand sagt, ja es sind einfache Verhältnisse, man kann zur Regierung gehen, man kann zum Bund gehen. Nein, so einfach ist es eben nicht. Man wartet. Es gibt Leute, die warten heute noch auf die Löhne für Kurzarbeit. Ich finde einfach, wir müssen einfach direkter hinschauen. Wir müssen diese Leute ernst nehmen, sie haben Angst.

**Florian Spiegel**, Präsident: Auch hier ist es so, dass eine Diskussion stattfindet, wenn kein Gegenantrag vorliegt, was nicht der Fall ist. Daher steht es auch den anderen offen, sich dazu zu äussern.

**Claudia Sigel**, CVP-Fraktion: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Anwesende. Ich schliesse mich aus vollem Herzen dem Anliegen von Pascale Uccella an. Ich bin selber vor nicht so langer Zeit einer Wirtin am Dorfplatz begegnet. Sie brach in Tränen aus. Ihr könnt euch nicht vorstellen, was das für Situationen sind für diese Gastronomen. Das sind Existenzen. Die haben nicht nur Angst. Das sind Existenzen, die ganz extrem bedroht sind. Hier im Rat hat es ganz viele Leute, ich eingeschlossen, die nicht mal im Ansatz nachempfinden können, was es bedeutet, wenn nicht jeden Monat Geld reinkommt und man die Miete nicht mehr bezahlen kann. Diese Leute sind über 50. Als Sozialbehördenmitglied weiss ich, was es bedeutet, wenn man über 50 ist und keinen Job mehr hat. Wenn es so wenig braucht - jetzt haben wir zu Beginn eine Zeit lang über diese Covid-Massnahmen gesprochen, wofür Geld ausgeschüttet werden muss. Wenn es für eine Gemeinde so wenig braucht, um ein paar Gastronomen - das sind gehäufte Restaurants am Dorfplatz - zu unterstützen, dann erwarte ich doch von dieser Gemeinde, die so gross ist, dass sie sich voll und ganz bei diesen Stakeholders, die verantwortlich dafür sind, ob diese Baustelle jetzt oder ein paar wenige Monate später begonnen wird, einsetzt. Danke vielmals.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Wir haben eine Krise, das haben wir heute schon häufig gehört. Wir haben eine Krise. Wir hören immer wieder, es gibt Leute, die erhalten nichts, es gibt Leute, die fallen durch die Maschen. Und ich habe auch schon gehört, es gibt Leute, die schlagen Profit daraus, und man müsse aufpassen, damit man keine Profiteure hat. Ich möchte einfach mal Eines festhalten: Wenn man ein gesundes Unternehmen ist und nachweisen kann, dass man ein gesundes Unternehmen ist, und einen Corona-Kredit bei der Bank des Vertrauens beansprucht, dann hat man den Corona-Kredit am nächsten Abend, also innerhalb von 24 Stunden auf dem Konto. Das ist so. Der Corona-Kredit ist eine oder zwei A4-Seiten, die man ausfüllen muss, dann erhält man das Geld, in Abhängigkeit des Umsatzes, den die Firma im letzten Jahr machte. Das ist nichts als in Ordnung, wenn man das auf den letzten Umsatz, der die Unternehmen gemacht haben, bezieht und den Kredit so ausbezahlt, und den Unternehmen unter die Arme greift. Ist in Ordnung. Wir müssen nur aufpassen. Das Votum, das Matthias Häuptli eingangs dieser Einwohnerratssitzung gehalten hat, kann ich voll und ganz unterstützen. Wir müssen einfach aufpassen, dass wir nicht mit der Giesskanne beginnen, frisch fröhlich Geld verteilen. Unternehmen, die halt, ja so ist es in der freien Marktwirtschaft, im Wirtschaftsleben, schon vor dieser Krise die notwendige Rendite oder nicht oder knapp oder nicht mehr erwirtschaftet haben, sie nun mit dieser Krise leider Gottes und auch mit den persönlichen Schicksalen, die dahinter stehen, die Krise nicht überleben. Die Sanierung des Lindenplatzes oder die Sanierung einer Strasse oder eines Hauses ist immer eine Chance für Neues. Wir können zurückschauen und sagen, das habe ich gehabt und das haben wir gehabt und das will ich behalten. Ich weiss nicht, wie meine Vorrednerinnen sich verhalten, wenn dann in einem halben Jahr kein Tram mehr am Montagmorgen nach Allschwil fährt, weil das Tramgeleise am Sonntagabend am Dorfplatz halt kaputt ging, weil es doch schon so alt war, dass es auseinanderbrach. Ich möchte dann dieses Gezeter nicht hören, was das alles für schlechte Planer waren, die nicht reagiert haben, weil dieses Geleise halt doch kaputt ging. Die Sanierungsmassnahme geht drei Wochen. Es gibt auch Chancen daraus. Es gibt Bauarbeiter, welche diese Sanierungsmassnahmen durchführen. Es wissen alle hier, ich bin im AZB. Dort gibt es ein Lädeli, welches manchmal ganz guten Gewinn macht, wenn rund ums AZB gebaut wird, weil man halt von den Bauarbeitern profitieren kann, weil die dort ihres Znüni, ihr Mittagessen einkaufen. Das ist auch eine Chance, die man ergreifen kann. Man kann eine neue Situation als Chance sehen oder sie als Risiko abtun und anschliessend das Leid klagen und versuchen, dass man auf irgendeine Art Unterstützung erhält. Damit wir das Geld, welches wir jetzt ausgeben, daran müssen wir auch noch denken, haben wir in den letzten zehn Jahren erwirtschaftet. Also nicht nur wir hier, sondern die Schweizer Bevölkerung und die ausländischen Arbeitskräfte, die uns auch tatkräftig unterstützen. Sie haben das erwirtschaftet. Nun müssen wir einfach schauen, dass wir das nicht innerhalb kürzester Zeit in Unternehmen verjubeln, die es eigentlich nicht verdient haben.

**Pascale Uccella**, AVP-Fraktion: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Bärtsch. Notkredit, ja, erhält man innerhalb von zwei Tagen, das ist richtig. Dann muss ich dir eines sagen. Die KMU-Betriebe, die hier im Dorf arbeiten, die verdienen ihr Geld gut und sie haben auch gut gearbeitet und sind keine schlechten Arbeiter oder schlecht geschäftende Leute, welche keinen Notkredit erhalten würden, weil sie zu wenig Umsatz in diesem Jahr gehabt hätten. Aber Sorry, ein Coiffeur kann nicht doppelt so viele Haare schneiden und den Notkredit zurückbezahlen. Das geht einfach nicht. Der hat einen vollen Kalender z.B., schneidet denen die Haare und kann dann nicht plötzlich zehn Leute nebenbei schneiden, gleichzeitig. Das geht nicht. Sie haben solche Ängste. Es ist richtig, sie würde auch wahrscheinlich diesen Notkredit erhalten, ohne Probleme, weil sie einen super Umsatz hat. Aber sie sagte, das alles wieder abzubezahlen, so einen Notkredit wieder zurück zu bezahlen, kann sie nicht, weil sie nicht mehr Haare schneiden kann. Wie auch ein Restaurant, das gut läuft. Das kann nicht einfach plötzlich doppelt so viel Umsatz machen. Das muss man auch ein bisschen sehen. Ich gebe zu gewissen Dingen Recht, man muss sicher nicht Giesskannenprinzip anwenden und irgendwo Geld rauswerfen. Mir ging es nur darum, muss das denn jetzt wirklich gerade in den Sommerferien sein. Muss es wirklich so sein? Entschuldigung. Die Geleisesanierung, ja, die Geleise sind aus den 60er-Jahren, richtig. Aber in der Zeit, als wir das Corona hatten, hat keiner auf den Geleisen gearbeitet, nicht einer. Auf dem ganzen Lindenplatz war kein Mensch oder es fuhr mal schnell ein Auto hin und her. Und es sind jetzt auch zwei Monate vergangen. Also jetzt muss man plötzlich in diesem Dorf genau im Juli, August? Und wenn es heisst, es wird Juli - super, der beste Zeitpunkt, wenn schönes Wetter ist und genau in dieser Zeit, in welcher wir wahrscheinlich nicht einmal gross in die Ferien können. Deshalb habe ich gefragt. Von mir aus könnte man es auch in den Herbst schieben. Warum muss es ausgerechnet in den Sommerferien sein? Ich habe nur anständig gefragt, ob wir als Gemeinde oder vor allem die Gemeinderäte nicht etwas für unsere KMU tun können. Oder vielleicht auch, was Herr Morat sagte, das Gespräch suchen. Denn sie haben Ängste. Sie haben wirkliche Ängste. Ich habe schon von Leuten gehört, die sagten, ich kann mir jetzt dann die Kugel geben, ich kann nicht mehr. Dann muss ich einfach sagen, ich finde es schade, wenn man hier hört, ja, hätten sie halt in den letzten Jahren besser wirtschaften müssen. Das finde ich schon fast ein bisschen frech.

**Roman Klauser**, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Ich bin leicht bestürzt über das, was Herr Bärtsch in dieser Art erzählt hat. Ich bin selber Unternehmer und ich weiss, was es jetzt z.B. heisst, dass wenn man am Dorfplatz ein Restaurant hat, wie viel Zins man dafür bezahlen muss. Dass man nun mit den neuen Regelungen gerade noch die Hälfte der Plätze hinbekommt. Du solltest eigentlich wissen, was das heisst. Personal und Aufwand hat er genau gleich viel, macht aber nicht denselben Umsatz, den er vorher gemacht hat. Wenn er dann noch einen Kredit erhält, was sehr nett ist, wobei er weiss, in acht Jahren muss er ihn zurückbezahlen - wie soll er das wann tun? Das sind die persönlichen Ängste, die die Leute haben. Darum geht es. Sie haben selber eine Verantwortung gegenüber ihren Angestellten. Die machen lieber alles, damit diese ihren Lohn erhalten, bevor sie sich selbst das nehmen, was sie benötigen. Wenn man dann so relativ oberflächlich über solche Leute, die sich einsetzen, spricht ... Und ich meine alle Handwerkerbetriebe, alle die wir an diesem Ort haben, das ist eine ganz andere Denkweise, die du leider nicht hast.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Ich will jetzt mein letztes Votum so fertig machen, wie ich begonnen habe, heute um 18 Uhr. Massnahmen, Hilfspaket, Hilfsangebot, Unterstützung, Kurzarbeit, Kredit, Nullzins, Darlehen. Wir haben vor genau drei Stunden haben wir eine halbe Million als Unterstützung durchgewinkt. Nebst all den anderen Unterstützungen, die es gibt. Dort werden sie sicher, wenn sich die Betroffenen der Gemeinde z.B. bei Nicole melden, auch etwas vom Kuchen erhalten. Danke.

**Mehmet Can**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Ich frage mich eben zur Aussage von Andreas Bärtsch, dass der Lindenplatz, wenn der so gesperrt ist, es auch eine Chance für die Unternehmer ist. Ich wohne dort. Ich sehe da keine Chance im Moment. Auf der anderen Seite wurde schon begonnen, es muss durchgehen. Es ist so wie es ist. Ein Kredit ist für viele Unternehmen, kann ich insbesondere als Unternehmer sagen, nichts Grossartiges. Ein Kredit bedeutet auch Zurückbezahlen. Vor allem für Gastronomen, weiss ich nicht, wie die das machen wollen. Für Coiffeurgeschäfte weiss ich es auch nicht. Ich bin gespannt. Mal sehen wie es weiter geht. Aber dass man sich auf diese Kredite beruft und sagt, es gibt ja Kredite. Schön und gut, aber bezahlt das mal in diesen fünf Jahren zurück. Vor allem jene, die 2018 oder 2019 kein gutes Geschäftsjahr hatten oder nicht gut gewirtschaftet haben, viel Spass!

**Beatrice Stierli**, CVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Wir haben hier zwei Probleme, die aufeinanderprallen. Zum ersten die Unternehmer in Allschwil Dorf, welche ganz klare Existenzängste haben und zum zweiten auch einen Sicherheitsaspekt, der davon ausgeht, dass diese Geleise dringend erneuert werden müssen. Ich frage mich einfach bei einer Terminverschiebung z.B. in den Herbst hinein, bringt das diesen Unternehmern wirklich was. Weil dann dürfen sie nämlich allenfalls im Herbst wieder ihr Restaurant komplett öffnen, ihre Terrassen wieder offen haben können, wieder alle Sitzplätze zur Verfügung haben und ausgerechnet dann würde vielleicht die verschobene Sanierung der Geleise sein. Ich glaube auch nicht, dass diesen Leuten dann geholfen ist. Vielleicht wäre es gut, wenn von der Gemeinde, der Gemeindeverwaltung, vom Gemeinderat aus das Gespräch mit diesen Firmen am Dorfplatz oder auch den Firmen und Restaurants - ich denke z.B. ans Restaurant Mühli, welches über den Dorfplatz erreicht werden muss - gesucht wird, und wenn wir auch aus dem Paket, dieser halben Million, das wir eigentlich als erstes Traktandum, bewilligt haben, Geld als Direkthilfe für diese drei Wochen, an denen diese Leute ganz klar noch einmal leiden müssen, sprechen könnten.

**Barbara Grange**, SP-Fraktion: Geschätzte Kollegen, geschätzter Präsident, geschätzter Gemeinderat. Ich wollte einfach darauf hinweisen, dass mich nun in dieser Diskussion sehr irritiert hat, dass wir eigentlich eine Anfrage haben, in der die betroffenen Unternehmer ja eigentlich darauf hinweisen, dass sie arbeitstätig sein möchten und sich eben selber helfen, indem sie in dieser Zeit, die sie sehr wichtig erachten, arbeiten können. Dass das vermischt wird mit den ganzen Hilfspaketen, die im Moment laufen und deshalb dagegengesprochen wird, hat mich in dieser Diskussion jetzt absolut irritiert. Die wollen doch eben gerade aus eigener Kraft auf die Beine kommen. Dann finde ich das ein bisschen geschmacklos. Ich möchte mich aber für das Votum der Vorrednerin bedanken. Es ist so, ich finde, es wurde sehr schön aufgezeigt, dass zwei wichtige Interessen in einem massiven Konflikt zueinander stehen. Vielleicht ist dann der Weg tatsächlich dieser, dass wir eben wieder mit Geldern helfen, die gesprochen werden. Es könnte sein, dass das notwendig ist. Ich bitte einfach den Gemeinderat, wirklich noch einmal genau hinzuschauen und nachzufragen, wie dringend es und was überhaupt noch möglich wäre. Ich finde es nämlich ein wichtiges und verständliches Anliegen. Wie gesagt, diese Unternehmen wollen ja arbeiten können. Die wollen wieder Geld einnehmen. Das war das Ziel dieser Anfrage. Ja, ich wollte einfach diese Irritation zum Ausdruck bringen.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Wenn ich Pascale Uccella richtig verstanden habe, geht es ihr nicht nur ums Geld, wenn sie von Existenzängsten spricht. Es geht ihr auch um eine Verhältnismässigkeit: Jetzt diese Tramgeleisesanierung durchzudrücken gegen das Interesse der Leute etwas arbeiten zu können und etwas leisten zu können und Erfolg zu erleben und eine Existenz zu haben. Es geht nicht nur ums Geld. Ich unterstütze im Übrigen sehr das, was Beatrice Stierli gesagt hat. Ich glaube, der Gemeinderat ist jetzt gefordert, den Leuten zu zeigen, dass er sie und ihre Sorgen ernst nimmt. Dieses ernst Nehmen ist nicht mit Geld leistbar. Ich bin auch sehr skeptisch, ob diese Rechnung des Bundesrats mit diesen vielen Milliarden aufgeht. Das löst die Probleme nicht. Wir werden grosse Probleme haben, die wir zu bewältigen haben werden. Nicht nur mit Geld. Noch einmal, ich unterstütze sehr, das was Beatrice Stierli gesagt hat. Gemeinderat bitte, zeigt diesen Leuten, dass ihr sie Ernst nehmt und denkt nicht, dass ihr sie nicht nur mit Geld abspeisen könnt.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Es tut mir leid, dass ich jetzt diesen Aspekt doch noch aufbringen muss. Oder irgendwie kommt das sonst als Bumerang zurück. Wir diskutieren über den Einfluss einer Baustelle auf ein Geschäft. Und wir landen bei der Vergabe von Geldern, die für Corona-Fälle gesprochen werden. Irgendwie geht das in meinem Kopf nicht auf. Entweder wir haben jemanden, der geschäftlich geschädigt wurde durch Corona, dann sollte mit diesem Geld entschädigt werden, mit dem zu Beginn der Gemeinderat sagte, gute Idee. Oder wir reden über den Einfluss einer Baustelle auf ein Geschäft. Dies zu vermischen finde ich absolut irrwitzig. Dankeschön.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe vorher, bei den ersten Ausführungen von Pascale Uccella versucht mitzuteilen, dass der Gemeinderat sich tatsächlich in diese Gespräche einbringen will und dass er mit diesen Unternehmerinnen und Unternehmern am Dorf, die betroffen sind, wobei wir auch meinen, ja, es wird ihnen viel zugemutet, dabei sein werden. Ganz wichtig scheint mir aber, was ich auch zu Beginn gesagt habe, was vielleicht auch untergegangen ist, es ist nicht der ganze Dorfplatz, sondern es ist wirklich von der hinteren Kante der Tramstation Dorf. D.h. genau bei der Hegenheimerstrasse, wo diese Baustelle beginnt und abwärts Richtung Basel geht, werden beide Geleise herausgerissen bis ca. auf die Höhe der Häuser 32 resp. 33. D.h. es ist das Haus, das hinter der Ausfahrt des Konsumparkplatzes steht, also ungefähr bis dorthin. Die Zufahrt zu diesen Häusern und somit auch zu Apotheke und Boutique ist jederzeit gewährleistet. Mühli, Rössli, alles was dort hinten ist, ist fast nicht betroffen. Natürlich, die haben Lärm. Aber Lärm kennen wir in Allschwil schon. Jetzt vielleicht nicht mehr, nach den letzten zwei Monaten, da war es ruhig. Tatsächlich unmittelbar betroffen sind wirklich wenige Unternehmen vor allem am Dorfplatz selber. Es wird nichts an der Tramschlaufe gemacht, die kommt zu einem späteren Zeitpunkt dran, die muss man dann auch irgendwann einmal machen. Jetzt ist es nur ein gerades Stück Geleise, deshalb geht das Ganze auch so. Das muss man halt auch wieder mal sagen, es sind sog. Verlustinvestitionen. Also, das Ganze, um die Geleise zu ersetzen, kostet eine Kleinigkeit von 6 Mio. Man hätte das auch auf eine andere Art und Weise haben können. Nun ist es aber halt so und man muss es so annehmen, wie es daherkommt. Der Gemeinderat ist ganz sicher nicht auf der harten Tour, sondern er bemüht sich mit den Leuten im Gespräch zu bleiben, damit sie auch gehört werden und auch eine gewisse Vermittlung zu Kanton und BVB vorhanden ist.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Damen und Herren. Was ich vorher noch einmal sagen wollte, hat Christoph Morat noch einmal versucht zu sagen. Mir ist es einfach wichtig, dass der Einwohnerrat mitnehmen kann: Es gibt, wie Beatrice Stierli sagte, einen Interessenskonflikt. Ich möchte es nicht wiederholen. Einerseits haben wir den Sicherheitsaspekt, wir müssen das nun einfach machen. Aber wir haben die Existenzängste. Diese Existenzängste muss der Gemeinderat ernst nehmen. Die hat er auch ernst genommen. Sobald wir davon gehört haben, haben wir beim Kanton nachgefragt, wie lange diese Sanierung im Dorf dauern wird. Ursprünglich hiess es nämlich, es dauert vier Wochen oder sogar noch mehr. Jetzt konnten wir darauf drängen, dass es nur drei Wochen dauert. Das ist schon mal ein erster Schritt, ein wichtiger Schritt. Wir müssen diese Sorgen ernst nehmen. Es geht nicht nur ums Jägerstübli, einfach dass es deutsch und deutlich gesagt ist. Es hat noch weitere Restaurants, weitere Betriebe im Dorf, die alle von dieser Sache betroffen sein werden. Deshalb heisst es für mich persönlich, Sorgen ernst nehmen. D.h. die Leute genau informieren können, und zwar möglichst schnell, was passieren wird und wann es passieren wird. Deshalb muss der Gemeinderat noch einmal beim Kanton Druck machen, damit wir diese Informationen erhalten. Nicht dass diese Informationen über Facebook laufen, das passierte anfänglich nämlich. Darin stand bereits, dass der Kanton irgendwo informiert habe und dann kamen schon Ängste auf. Das ist falsch. Wir müssen schauen, dass wir mit den Leuten nicht nur ins Gespräch kommen, sondern dass wir sie rechtzeitig informieren können und dass wir mit dabei sind. Daher müssen wir den Druck beim Kanton ausüben. Das ist es, was wir tun können. Alles andere, denke ich, wurde nun gesagt. Vielen Dank.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Zwei Dinge, Barbara, damit es dir besser geht. Die Vermischung ist da, weil ganz klar im Juli Corona sehr wahrscheinlich immer noch vorhanden sein wird. Nach der Frage 2 wird nach Hilfeleistungen bei Umsatzausfällen gefragt. Umsatzausfälle hat mehr mit Geld zu tun, sonderbarerweise. Das ist das eine. Das andere, was ich noch sagen und einfach in den Raum geben möchte, ich brauche auch keine Antwort darauf: Wir reden jetzt scheinbar von ein paar wenigen Unternehmen, die betroffen sind. Was ist der Unterschied zu ein paar wenigen, die andere Probleme haben vor einem Schulhaus, die dann anders behandelt werden? In diesem Sinne, Dankeschön.

**Pascale Uccella**, AVP-Fraktion: Herr Präsident. Ich wollte eben auch Herrn Aellen sagen, was die Vermischung ist. Wir haben eine kleine Vermischung Corona und diese Geleisesanierung. Das ist das Erste. Das Zweite ist: Ich finde es toll, Dankeschön Nicole Nüssli für dein Votum, dass du das endlich so deutlich gesagt hast, dass ihr das Gewerbe, die KMU und die Gastronomie ernst nehmt und ihr euch einsetzt, das habe ich ganz deutlich gehört. Das finde ich schön. Dann muss ich sagen, vom Kanton stand es nicht im Facebook, sondern es war auf der Allschwiler App. Nur so nebenbei.

**Florian Spiegel**, Präsident: Somit gilt die Interpellation als beantwortet und abgeschrieben.

Für jene, die die Chance zu einem einmaligen Foto jetzt noch nutzen möchten, können dies nun tun. Denn ich werde im Anschluss daran die Sitzung schliessen. Es gäbe zwei Traktanden, 5G und das, was der Gemeinderat gleich noch übernehmen würde. Aber ich glaube, die Thematik 5G wird nicht innerhalb von zwei Minuten abgeschlossen sein.

**Mehmet Can**, SP-Fraktion: Ich möchte eigentlich diese Gelegenheit nutzen und Martin Münch Danke sagen für die Zeit während der Coronakrise. Er als Gesamtschulleiter hat uns meiner Meinung nach einen sehr guten Dienst erwiesen und sehr informative Informationen überbracht. Dankeschön im Namen meiner Familie und eigentlich meiner Bekannten.

**Florian Spiegel**, Präsident: Gut, in diesem Fall danke ich allen für das zahlreiche Erscheinen. Ich hoffe, Sie bleiben alle weiterhin bei guter Gesundheit, damit wir uns im Juni wieder treffen können. Ich bitte Sie jetzt, wie das vom Kanton vorgeschrieben ist und uns zur Umsetzung versichert: Dass zuerst die von meiner Seite aus gesehen rechte Saalhälfte jetzt den Saal verlässt und zügig durch die Aula schreitet und sich nicht mehr draussen aufhält, sondern gleich ins Freie schreitet, damit kurz darauf auch die andere Saalhälfte gehen darf. Der Gemeinderat muss natürlich wie immer am längsten bleiben.

ENDE DER SITZUNG 21.15

*Aufgrund der aktuellen Situation des Coronavirus wurde die Einwohnerratssitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt.*